

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 15 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 19. Januar 1934

Chefredakteur: M. Braun

## Aus dem Inhalt

Braun und Röchling in Genf  
Seite 2

Tapens neuer Glaube  
Seite 3

Vernichtung des  
deutschen Arbeitsrechts  
Seite 4

Cotys Glück und Ende  
Deutsche Teuerung  
Seite 5

# Reichsreform: Ende Preußens

## Niederlage Hindenburgs und Görings — Einheitsstaat unter nationalsozialistischer Parteidiktatur — Proklamation bevorstehend

D. F. Am 18. Januar 1871 ist in Versailles Wilhelm I. von Preußen gegen seinen Willen und nach vielen und schweren intriganten Ränken Bismarcks zum deutschen Kaiser ausgerufen worden. Der Tag war außerhalb der offiziellen Feiern und der patriotischen Schullehrbücher nie irgendwie vollständig. Die altpreussischen Junker haben ihn nicht geliebt. Ihnen war die schwarzweiße Preußenfahne Symbol einer durch Jahrhunderte geübten Herrschaft. Schwarzweissrot gewann auf den preussischen Herrenhöfen erst Sympathien, als es die deutschnationale Parteifahne gegen das Schwarzrotgold der Republik geworden war. Die Fahne der Kämpfer für die Einheit des Reichs nach den Befreiungskriegen, die Fahne, die auf den Barricaden und den Gefechtsfeldern der revolutionären Bewegung von 1848 geflattert hat, fand den einmütigen Haß aller Feinde der Volkshoheit.

Aus diesem Gegensatz erwuchs die deutschnationale Forderung, den 18. Januar zum Nationalfest zu erheben. Auch sie wurde nie populär, und selbst im „dritten Reich“ ist der Tag nicht zu einem großen Fest zu steigern. Anscheinend wollen es die neuen Machthaber auch gar nicht, denn sie möchten nicht, daß ihr eigener Glanz durch die Tradition der preussisch-deutschen Dynastien beeinträchtigt wird. So sind denn wohl Schulfestern und Flaggenbefehlen, aber die Fahnen hängen nicht sehr zahlreich und recht trübe in den regnerischen Januartagen.

Für diesen 18. Januar 1934 wurde von vielen die Ausrückung der großen Reichsreform vom Völkervertrag zum Einheitsstaat erwartet. Auch diese Proklamation scheint man nicht mit dem monarchistischen Erinnerungstage verbinden zu wollen, denn bis zur Stunde liegen sie nicht vor. So ist denn wohl am 30. Januar, dem Jahrestage der Berufung Götters zum Reichskanzler, mit der Veröffentlichung der großen Reichsreformpläne zu rechnen, die nach allem, was man hört, einen wirklichen Fortschritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung des Reichs bringen. Es kommt freilich darauf an, ob und wie sie durchgeführt werden.

Es war unzweifelhaft eine Unterlassung der Revolution von 1918, daß sie die dynastischen Ländergrenzen bestehen ließ. Bei der Kritik dieses Versagens vergißt man aber sehr oft die gewaltigen Hindernisse, die sich entgegenstimmten. Die Souveränität der Volksbeauftragten und dann der Nationalversammlung war ständig von außen und von innen bedroht; durch einen Volkszustand und einen Diktatortrieb mit unerhöht schweren Bedingungen, durch die fremde militärische Besetzung großer und entscheidender Reichsgebiete, durch sehr harte separatistische Bewegungen und Abstimmungskämpfe in den Grenzgebieten, durch Unkrautkulturen, Aufstände und gegenrevolutionäre Treibereien. Bei solcher Gefährdung des Reiches konnte ein Schlag gegen die Länder für das Reichsgefüge vernichtend werden.

Die Reichsverfassung von Weimar hat in ihrem Artikel 18 die Neugliederung des Reiches dem deutschen Volke als Aufgabe gestellt. Diese Aufgabe ist unter den großen wirtschaftlichen Sorgen der Nachkriegszeit vernachlässigt worden. Nicht in dem Sinne, daß nicht viele Versuche und Unberufenen zahlreiche Pläne aufgestellt hätten, sondern der Vorwurf geht dahin, daß die wirklich Versuchten es an der entschlossenen Energie haben fehlen lassen. Man glaubte, daß die Neugegliederung des Reiches auf dem Wege langwieriger Verhandlungen zwischen denen erreicht werden könne, die an dem bisherigen Zustand politisch oder persönlich interessiert waren. So wurden denn Beratungen über Beratungen geführt, die schließlich in eine Länderkonferenz mündeten. Das Ergebnis war ein dicker Band von Protokollen, aus denen endlich ein einziger brauchbar scheinender Vorschlag erwuchs: Deutschland in Länder alter und neuer Art aufzuteilen. Länder neuer Art sollten die bisherigen preussischen Provinzen werden, in die die Hansestädte und die kleineren norddeutschen Staaten aufgehen sollten, Länder alter Art aber sollten Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen sein. Wegen dieses Vorschlag erhob sich sowohl die preussische Regierung wie die Regierung Bayerns. So fand man wieder am toten Punkt.

Auch die nationalsozialistische Parteidiktatur hat die Schwierigkeiten dieser Probleme zu lösen bekommen und sie sind noch nicht überwunden.

Ein Schlag gegen die Reichsreform war die Gründung des preussischen Staatsrates und seiner pomphaften ersten

Sitzung im Sommer 1933. Der preussische Ministerpräsident Göring hoffte, sich in diesem Staatsrat mit den Feldmarschällen und Generalen, den Industriellen und Bankfürsten, den Exzellenzen und Größen der Kunst und Wissenschaft einen Schutzwall gegen die Zerkümmerng Preußens geschaffen zu haben. Er glaubte ferner, durch die gewaltige preussische Figur des Generalfeldmarschalls auf dem Reichspräsidentenstuhle eine große Sicherheit gegen die den Bestand Preußens bedrohende Reichsreform zu haben. Unter dem Zwang der zentralistisch organisierten nationalsozialistischen Bewegung scheinen alle diese Widerstände zusammenzubrechen.

Paul von Hindenburg muß für immer von seinem alten Preußen und seinen Hohenzollern, soweit sie Preußens Könige oder Preußens Kronpräsidenten waren, Abschied nehmen. Göring aber dürfte sich mit einer gehobenen Reichsmilitärkennung oder einem Reichsministerposten — man spricht von Rom — zufrieden geben.

Mit der Verkündung des Einheitsstaates zum 30. Januar wird bestimmt gerechnet. Die noch bestehenden 13 Länder und 3 Hansestädte sollen in etwa gleich große Gaue umgeschmolzen werden und zwar sollen die Grenzen dieser Gaue möglichst nach der Stammeszugehörigkeit und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gezogen werden. Das ist übrigens auch das Ziel, das sich die Reichsverfassung von Weimar gesteckt hatte. Jeder Gau soll durch einen Reichsstatthalter im Range eines Ministers geführt werden. Alle wichtigen Kompetenzen gehen auf das Reich über: Justiz, Polizei, Kultur. Daß das Reich dank Mathias Erzberger, dem dafür durch Revolverkugeln gedankt worden ist, die Gewalt über die Finanzen schon seit vierzehn Jahren hat und dadurch einen bedeutenden Schritt zur Vereinheitlichung machte, ist bekannt.

Daß Bayern als Verwaltungseinheit bestehen bleiben wird, ist sicher. Sowohl der bayerische Ministerpräsident Siebert, wie die „Bayerische Staatszeitung“ und der bayerische Justizminister Dr. Frank haben dem „Führer“ öffentlich, wenn auch in erhabener Form, diese Bedingung gestellt, und sie wird erfüllt werden.

Zu erwähnen bleibt noch, daß beabsichtigt ist, die Reichsstatthalter zu einem „Senat“, also einer Art Reichsoberhaus zusammenzulassen. Da sie alle Vertrauensmänner der NSDAP sind, wird dadurch die Parteidiktatur noch mehr und sicherer ausgebaut.

Der noch im Laufe dieses Monats zu erwartende Erlass wird mit der Neuordnung des Reichs die Grundzüge der werdenden Reichsverfassung bringen. Dem Untergang der Länder trauern wir nicht nach. Ihre Grenzen werden auch unter einer sozialistischen Herrschaft nie wieder aufgerichtet werden. Verwaltungsorganisatorisch kann also die bevorstehende Reichsreform einen bedeutenden Fortschritt bringen. Er ist aber verbunden mit einer Stärkung und weiteren Ausrumpfung der nationalsozialistischen Oligarchenwirtschaft. In immer weniger und nicht gerade saubere Hände wird das Schicksal der Nation gelegt. Ein oder zwei Tausend Parteibeamte, die durch übelste Demagogie zu Macht und persönlicher Bereicherung emporgestiegen sind, regieren das Reich ohne jede öffentliche Kontrolle und ohne jede öffentliche Kritik. Die Reichsreform, die Reichseinheit, der Einheitsstaat werden so zur Sache einer nationalsozialistischen Parteidiktatur, die durch das Wissen um zahllose Verbrechen mit einander verbunden ist und in Wahrheit nur ein Ziel kennt: sich vor der Vernichtung durch einen freien Volkspruch zu retten. Immer mehr konzentriert sich die diktatorische Macht. Die Reichsorganisation wird einheitlicher, aber die Kluft zwischen Diktatoren und Volk wird größer.

## Richterliche „Unabhängigkeit“

(Dresden.) Der Preussische Justizminister Kersch erklärte auf der Tagung der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte Preußens: Er verlange von jedem unbedingte Disziplin gegenüber den Anordnungen des Führers...

## LENIN



Am 21. Januar vollenden sich 10 Jahre seit dem Tode Lenins. Es ist beschlossen worden, die drei Tage, vom 20. bis 22. Januar, als Trauertage dem Andenken an Lenin zu widmen. In Moskau werden in 75 größeren Fabriken und in 25 Hochschulen und technischen Lehranstalten Vorträge gehalten werden. Ähnliche Veranstaltungen finden in Provinzen des Moskauer Gebiets statt. In sämtlichen Schulen werden am 21. Januar zwei Stunden Vorträge über Lenin, Vorlesungen aus seinen Werken usw. gewidmet werden.

## Zehntausend Tote

### Das große Erdbeben in Indien

London, 18. Jan. Das Erdbeben, das zu Beginn dieser Woche ganz Nordindien heimgesucht hat, ist eine der größten Katastrophen in der indischen Geschichte. Obwohl noch Einzelheiten und genaue Angaben über die Zahl der Opfer nicht vorliegen, schätzt man bei den Behörden die Zahl der Toten auf etwa 10 000. Nach Berichten von Augenzeugen aus dem Katastrophengebiet ist diese Zahl bestimmt nicht zu hoch gegriffen. Auf Grund von Berichten aus dem Gebiet des Himachal, wo das Erdbeben die größten Schäden anrichtete, und alle Ortschaften in Schutt und Asche gelegt hat, nehmen die indischen Behörden eine Schätzung an, wonach allein in Peshawar die Zahl der Toten auf 1000 beläuft und in Darbhanga auf mehr als 300. Bis zum Augenblick liegen noch keine Nachrichten vor, daß auch Europäer unter den Opfern zu beklagen sind. In amtlichen indischen Kreisen ist man der Meinung, daß es noch Wochen dauern wird, ehe Einzelheiten aus den betroffenen Gebieten, besonders aus den weiter abgelegenen Gebieten Vorderindiens, bekannt sein werden. Allein in der Stadt Muzaffapur in der Provinz Bihar wurden über 300 Menschen durch das Erdbeben getötet. Starke Polizeikräfte, die in das Erdbebengebiet entsandt wurden, bemühten sich, die Verwundeten zu bergen und den Wütern bei der Suche nach ihren unter den Trümmern ihrer Wohnstätten verschwundenen Kindern zu helfen. Die Krankenhäuser sind mit Verletzten und Sterbenden überfüllt.

Nach dem „Mati“ wird sich der Ministerrat am Montag mit den Maßregelungen beschäftigen, die gegen eine Reihe hoher Beamten wegen Nachlässigkeit bei der Behandlung der Stawitsky-Affäre ergriffen werden. Eingeleitet werden soll gegen einen Staatsanwalt, gegen den Präsidenten des Departements Untere Pyrenäen (Eih Bayonne), gegen einen hohen Beamten des Handelsministeriums, gegen einen Direktor des Arbeitsministeriums und gegen mehrere Beamte der Polizeidirektion und der Sicherheitspolizei.

# Erste Saar-Entscheidung Regierungskommission wiedergewählt

A. H. Seit vielen Monaten hat die sogenannte „deutsche Front“ des Saargebietes Protestschreiben nach Genf geschickt. Mit Worten, die kaum noch einer Steigerung fähig waren, wurde die Regierungskommission des Völkerbundes angeschuldigt, ihr Amt parteiisch auszuüben und die Anhänger der Rückgliederung an Hitlerdeutschland zu benachteiligen. Mit einer Geste, die in ganz Europa ihren Eindruck nicht verfehlen wird, ist jetzt der Völkerbundsrat in geheimer Sitzung über diese Beschwerden hinweggegangen. Einstimmig beschloß er, alle fünf Mitglieder der Regierungskommission mit dem Engländer Knox als Präsidenten wieder zu wählen. Dieses Mal erfolgte die Neuwahl nicht auf ein Jahr. Die Vollmachten der Regierungskommission sollen erst ablaufen, sobald ein neues Regime im Saargebiet in Kraft tritt.

Mit nicht weniger als sieben Mann waren die Delegierten der „deutschen Front“, mit Herrn Röchling als Führer und dem Naziführer Spaniol als Anhängel, in Genf erschienen. Sie kommen mit einer harten Niederlage nach Hause zurück. Ihre Position war schon deshalb sehr schwach, weil Hitlerdeutschland die Teilnahme an den Beratungen des Völkerbundsrates in der Saarfrage abgelehnt hatte. Aber nicht genug damit! Der Saarreferent, der Italiener Aloisi, machte durch seinen Bericht über die Saarfrage alle Hoffnungen auf faschistische Solidarität zunichte. Noch niemals hat eine Regierungskommission seit Inkrafttreten des Saarstatuts eine so warmherzige Vertrauens- und Umgebung empfangen, wie sie diesmal von dem Abgesandten Mussolinis ausgesprochen wurde.

Mit dieser Kundgebung hat sich der Völkerbundsrat auch hinter alle Verordnungen der Regierungskommission gestellt, die gegen den wachsenden Naziterror gerichtet sind. Die Kommission, die nach Genfer Meldungen bis zum Mai einen Bericht über die Lage und die Vorbereitungen einer freien Abstimmung geben soll, wird reichliches Material vorfinden. Zur Stunde kann also niemand sagen, welcher Termin für die Abstimmung in Frage kommt. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß dieses ganze Jahr 1934 durch die schweren Abstimzungskämpfe, von neuem politischen Druck auf alle, die nicht zur Gleichschaltung bereit sind, von womöglich noch wilderem Verleumdungsfeldzug als bisher gegen alle, deren Bekenntnis zu Deutschland vereint ist mit dem Kampfe gegen seine gegenwärtigen braunen Nachhaber.

Dieses Bekenntnis zu Deutschland schließt zugleich jedes Mißverständnis über unsere Haltung zur Regierungskommission aus. Was früher von sozialistischer Seite oft ausgesprochen wurde, bleibt auch heute wahr: Diese Regierungskommission ist und kann keine Vertretung des saarländischen Volkes sein. Sie hat nach dem Versailler Vertrag nur die Aufgaben eines Treuhändlers, der das Land zu verwalten hat, bis das endgültige Regime festgelegt ist. Der Landesrat des Saargebietes hat keine gesetzgeberischen, sondern nur beratende Befugnisse — ein Zustand, der keinen grundsätzlichen Anhänger der politischen Freiheit und Gleichberechtigung befriedigen kann. Vermutlich auch nicht die Mitglieder der Regierungskommission selbst, die sich zum Teil im Bereich des politischen Parlamentarismus geschult haben. Diese Sachlage ist aber das Resultat des Versailler Vertrages, den wir immer bekämpft haben. Es besteht für uns nicht der mindeste Anlaß, eine Regierung grundsätzlich zu bekämpfen, die für die ihr erteilten Befugnisse und Verpflichtungen gar nicht selbst verantwortlich ist. Ihre vielfach angegriffenen Verordnungen gegen den Naziterror sind eine erzwungene Schutzmaßnahme zur Wahrung der Freiheitsrechte der Saarländischen Bevölkerung und ein Kinderpiel gegen die Unterdrückungsmaximen des „dritten Reichs“. Nur ein Zipfel der Pressefreiheit, den die Saarländer unter der Herrschaft der Völkerbundsregierung genießen, würde im Hitlerlande gewaltige Veränderungen herbeiführen.

Niemand kann in dieser Stunde sagen, zu welchem Termin die Abstimmung selber festgelegt werden wird. Der Ausschuß, dem nach Genfer Meldungen Vertreter Italiens, Argentiniens, Dänemarks, Spaniens und Australiens angehören werden, hat eine viel schwierigere Arbeit zu leisten, als ihm heute gegenwärtig ist. Es gibt politische Führer im Saargebiet, die selber noch nicht wissen, wie ungeheuer schwierig und kompliziert allein diejenigen Vorarbeiten sind, die die einfache Feststellung der Abstimmungsbedingungen betreffen.

Die großen Entscheidungen des Völkerbundsrates, ob die Abstimmung zu Beginn des nächsten Jahres erfolgen soll, oder ob eine Verschiebung um Jahre eintritt, liegen nach wie vor im Schoße der Zeit.

Für uns war das Saargebiet niemals abgesondert von den großen europäischen Schicksalsfragen. Es steht mitten in ihnen und wird seine Lösung finden im Zusammenhang mit den europäischen Gesamtösungen, mit Genf oder abseits von Genf.

## So wird zum Mord gehetzt

### Ein Exempel von der Saar

Saarbrücken, den 18. Januar 1934.

Wir finden in der amtlichen Hitlerpresse, u. a. im „Mainzer Anzeiger“ vom 18. Januar 1934, einen Leitartikel mit der Überschrift „Verräter“. Dieser Artikel stellt eine einzige große Wunde gegen den Völkerbundsbeamten und Direktor der Inneren der Regierungskommission Heimbürger wie gegen die Führer der deutschen Freiheitsfront an der Saar dar. Direktor Heimbürger wie die Führer der Freiheitsfront werden mit den bekannten rheinischen Separatisten Smets, Waishes und Dorten verglichen. Es heißt in dem Artikel wörtlich: „Die Smets, Waishes und Dorten von damals heißen heute Michel, Heimbürger und Bernhard. Diese Verräter haben, wie die Separatisten vor 10 und 15 Jahren, ebenfalls eine verwerfliche und verabscheuenswürdige Bilanz an sich gesammelt, die den Hochverrat für sich zum Beruf gemacht hat. Emigranten, marxistische Ueberläufer und jüdische Grenzpropagandisten in letzterem zur Zeit im Saargebiet denselben Spuk, bringen über eine friedliche, deutschgesinnte Bevölkerung daselbst maholose Leid, das die

# Röchling und Max Braun

## Das Ringen in Genf - Zwei deutsche Fronten an der Saar - Hochkapitalist Röchling und Arbeiterführer Braun - Vor dramatischen Endkämpfen

Paris, 18. Jan. Die Genfer Behandlung der Saarfrage interessiert die französische Presse in starkem Maße. Der Davaaberteilhaber in Genf hebt in einer Meldung hervor, daß der Völkerbundsrat während seiner letzten Sitzung überhaupt nicht über die Sicherheitsmaßnahmen zu befinden haben werde, die vor und während der Volksabstimmung von 1935 ergriffen werden müßten. Die Haltung der Regierungskommission könne im übrigen nur nach den Dokumenten beurteilt werden, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurden.

### Keines dieser Dokumente enthalte den Vorschlag einer Besetzung des Saargebietes

Die ablehnende deutsche Antwort, sich in Genf auf eine Saardiskussion einzulassen, kam der französischen Öffentlichkeit nicht unerwartet. Die Presse kritisiert diese deutsche Haltung. Der „Matin“-Berichterstatter in Genf erklärt, Deutschland bringe sich absichtlich wieder in die Lage, in der es sich a. D. 1921 befunden habe, als ohne Weisung Deutschlands die Ausführungsbestimmungen für die Abstimmung in Oberschlesien festgesetzt wurden. Das Saardrama selbst, so fährt der Berichterstatter fort, spiele sich in den Wandelgängen in Genf ab wo die beiden wilden Gegner Röchling und Max Braun sich immer begegneten. Von Braun behaupte man, daß er ein Todgeweihter sei. Er sei überzeugt, daß er nicht mehr lange zu leben habe, wenn er so offen wie bisher seine Propaganda fortsetze. Der „Matin“-Redakteur hat von Max Braun gehört, eine Volksabstimmung, die morgen stattfinde, würde eine flagrante Verletzung des Versailler Vertrages sein, der der Saarbevölkerung ihre Abstimmungsfreiheit garantierte. Wir, so habe Braun hinzugefügt, sind ebenso Deutsche wie die anderen, aber wir wollen nicht unter einem Terrorregime abstimmen. Ein Polizeistrahlen würde kein Hilfsmittel denn dem unerträglichen psychologischen Druck habe nichts entsprechendes entgegen. Die Verdächtigen hätten nur die Wahl, sich nach Frankreich überzusiedeln. Frankreich würde wohl, so habe Braun zum Schluß erklärt, seinen großen Wert daran legen, für 60.000 Saarfamilien sorgen zu müssen — Röchling habe dem Berichterstatter erklärt, daß sich die Saarbevölkerung nicht für Deutschland, sondern für Hitler aussprechen müsse. Da 90 Prozent der Saarbevölkerung für Hitler seien, wäre die Volksabstimmung absurd und international gegeben, eine Gefahr. — Beide Richtungen, so folgert aus diesen Erklärungen der „Matin“-Redakteur, wollten also von der Volksabstimmung nichts wissen, die in Ungnade gefallen wollten eine Verschiebung der Volksabstimmung auf bessere Zeiten, und die Bedenken des Regimes in Berlin wollten sie ganz ausschalten.

Auch die Korrespondenten des „Ceuvre“ zitieren ähnlich wie der „Matin“-Berichterstatter Braun und erklärt, daß die Presse, die für eine Verschiebung der Volksabstimmung auf später seien, erlauben, daß sich eine solche Maßnahme aus Art. 33 des Versailler Vertrags herleiten lasse, und zwar wenn man für die Verschiebung die Annahme zugrunde lege, daß die Abstimmungsfreiheit unter den gegenwärtigen Umständen nicht gesichert werden könne. Französischerseits betrachte man den Gedanken einer Verschiebung allerdings als unmöglich.

Das „Journal“ bezweifelt, daß der Völkerbund die Kräfte habe, um nicht nur die Freiheit der Volksabstimmung im Saargebiet zu gewährleisten, sondern auch für Ordnung vor den Wahlen und für die Sicherheit nach den Wahlen zu sorgen. Der Schatten von Virmasens' Schwere über der Saarabstimmung. Die Saarländer wüßten, wie die Deutschen,

französischen im Rheinland über uns deutsche Menschen haben kommen lassen.“ Es folgen dann Sätze wie diese: „Nun ist die Masse gefallen, nun haben die ‚seineren‘ Subjekte sich als das entpuppt, was sie ihr Leben lang waren: Verräter.“ Im Saargebiet und in Paris treiben sie das allerhöchste Handwerk, den Hoch- und Landesverrat, liefern sie deutsche Arbeiter an die Messer der Volksunterdrücker. Die Zeichen eurer Arbeitssche, die Hammer und Äder werden über den Urat in Menschengestalt niederlassen und zermalmend vorwärtsrollen. Ist zu vernichten“ lautet eure Forderung gegenüber diesem Verrätergeißel.“

Im Vergleich mit den rheinischen Separatisten heißt es in dem Artikel: „Keiner von den Landesverrätern, der Herren Matthes, Dorten und anderen Spielgeulen, wäre der gerechten Volksgerechtigkeit entgangen, wenn sie nicht bei Nacht und Nebel in seiner Maske das Weite gesucht und jenseits der Grenzen ihre Zustucht gefunden hätten.“

In diesem Ton ist der ganze Artikel geschrieben. Er stellt eine einzige grobe Wunde dar und es wird der RSDAP nichts nützen, wenn sie von diesem Artikel abrückt mit dem Hinweis, daß das nur irrenden Pressefiktiven seien. Es handelt sich wohl gemerkt um die Dehnpappe der amtlichen Hitlerpresse. Nach den neuen Pressegesetzen in Hitlerdeutschland kann keine Zeitung es wagen, gegen den Willen der RSDAP zu schreiben. Der vorliegende Fall ist so eindeutig, daß er keiner besonderen Erklärung mehr bedarf. Der Artikel ist in erster Linie gegen den Völkerbundsbeamten und Direktor der Inneren der Regierungskommission Herrn Heimbürger gerichtet. Er stellt eine klare Aufforderung zum politischen Mord dar und geht weitaus weiter als die meisten Artikel der RSDAP des Saargebietes aus. Hier hat der „Vorpöpst“ vor einigen Tagen eine offene Wunde entfallen. Nicht solat die große Hitlerpresse mit der Aufforderung zum Mord an Völkerbundsbeamten im Saargebiet, an Herrn Direktor Heimbürger. Trotzdem erklären die Vertreter der „deutschen Front“, im Saargebiet gäbe es keinen Terror.

## England zur Abrüstung

### Ein neuer Vorstoß?

London, 18. Januar 1934.

Die Regierung hat einen neuen Plan für die Abrüstungsverhandlungen ausgearbeitet, mit dem sie vor die Öffentlichkeit treten will, falls die deutsch-französischen Verhandlungen ins Stocken geraten sollten. In diesem Plan wird festgesetzt, welche Vorstöße nach englischer Auffassung durch die deutsch-französischen Verhandlungen erachtet werden sind. In einem Vorkaufsbesuch beschäftigt sich die „Times“ mit der Abrüstungsfrage und nimmt, wie schon so oft Vortel für Frankreich, dessen schwerer Abrüstungsfragen bei dem englischen Blatt „volles Verständnis finden“. Nach Ansicht der „Times“ verlangen die Führer Frankreichs nicht für sich

wenn sie siegen, diejenigen bestrafen würden, die nicht für das Reich gestimmt haben. „Ordre“ vertritt den Standpunkt, daß Deutschland seine Auffassung in der Saarfrage nicht in Genf verteidige, daß es sie aber auf andere Weise durchsetzen wolle, nämlich durch direkte Aktion. Man könnte also mit einer verstärkten deutschen Propaganda im Saargebiet rechnen.

## Braun und Petri empfangen

Genf, 17. Jan. Die Delegation der saarländischen Freiheitsfront wurde heute vom argentinischen Staatsmitglied, vom römischen Botschafter Campio, vom dänischen Staatsmitglied, dem Minister Scavelius und dem französischen Staatsmitglied und Direktor der Völkerbundsabteilung am Quai d'Orleans, empfangen. Unsere bekannten politischen und wirtschaftlichen Förderer sanden großes Interesse und die Zusage, sich ihrer nach besten Kräften anzunehmen.

## Die Lüge geht um

Die „Frankfurter Zeitung“ meldete kürzlich, daß die „Arbeiter-Wohlfahrt“ Saarbrücken sich für zahlungsunfähig erklärt hätte. Diese Meldung ist glatt erfunden. Es handelt sich offenbar wieder einmal um eine Zweckmeldung, welche dazu bestimmt ist, die Arbeiterchaft des Saargebietes kopfschütten zu machen.

## „Aus fünfter Hand“

### Sir Simon weiß nichts über die Saarfrage

London, 18. Jan. Der Pariser Reutervertreter befragte Sir John Simon während seines kurzen Aufenthalts in Paris über das Saarproblem. Der britische Unterstaatssekretär des Aussenwesens erwiderte: „Ich bedaure sehr, aber ich kann nichts sagen. Ich habe darüber nur aus fünfter Hand erfahren und bin sehr im Begriff, mir einiges aus erster Hand zu verschaffen. Gute Nacht!“

## Eine englische Stimme

### Gegen Verschiebung der Abstimmung

London, 18. Jan. „Daily Telegraph“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Saarfrage. Das Blatt gibt zu, daß über das Ergebnis der Volksabstimmung im Saargebiet kein Zweifel besteht. Es sei sicher, daß sich, wie auch die Abstimmung geregelt werde, eine überwältigende Mehrheit für die Rückkehr zu Deutschland ergeben werde. Dies werde nirgends bestritten, und da die Saar die einzige unerledigte territoriale Frage zwischen Frankreich und Deutschland bilde, sei es ein Gebot der Klugheit, sie so bald wie möglich aus dem Wege zu schaffen. „Daily Telegraph“ hält es deshalb auch für ausgeschlossen, daß der Völkerbundsrat dem Ersuchen marxistischer und separatistischer Kreise um Aufschiebung der Volksabstimmung stattzugeben werde. Die Frage der Durchführung der Volksabstimmung und der Aufrechterhaltung der Ordnung würden mit angemessener Ueberlegung von dem Ausschuss entschieden werden, den der Völkerbundsrat ernennen werde; das Gerücht über die Entsendung fremder Truppen sei nicht nur verfrüht, sondern auch höchst lächerlich.

selbst oder ihre eigenen Grenzen neue Garantien, sondern für ein neues Kollektivfriedenssystem. Ausgleich aber verlangten sie, daß alle Staaten, auch Großbritannien, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung einer Abrüstungskonvention übernehmen, da andernfalls die Atmosphäre des Mißtrauens und der Ungewissheit nicht beseitigt werden könne. Frankreich verlange also für seine unmittelbaren Opfer eine Kollektivgarantie, deren Grundgedanken bereits im britischen Konventionsskizzen enthalten sei, wo gesagt werde, daß die treue Durchführung der Konvention eine Angelegenheit gemeinsamen Interesses für alle vertragstreuenden Teile ist. Die britische öffentliche Meinung, so schließt „Times“, muß unbedingt sorgfältig prüfen, welche praktische Auslegung sie den Worten „Angelegenheit des gemeinsamen Interesses“ zu geben bereit ist.

## Das Neueste

Am Freitag tritt in Genf das engere Präsidium der Abrüstungskonferenz zusammen, um den Termin für den Zusammentritt des Büros festzusetzen. Man spricht jetzt vom 7. Februar.

Der französische Außenminister Paul Boncour ist gestern abend nach Genf abgereist. In denselben Tage hat auch der englische Außenminister Sir John Simon seine Reise nach Genf fortgesetzt.

Nach der Pariser „Journée Industrielle“ hat Handelsminister Laurent Bonnac auf einem Bankett der Vereinigung der französischen Exportindustrien erklärt, er wolle am 19. Januar den deutsch-französischen Handelsvertrag kündigen, wenn Deutschland an seinen neuen Ausnahmemaßnahmen gegenüber den französischen Exporterzeugnissen festhalten würde.

Bei der Aufführung von Chateaus „Cyril“ in der Comedie Francaise ist es neuerdings wieder zu starken politischen Kundgebungen gekommen. Einige Theaterbesucher benutzten Textstellen dieses Dramas, um eine Parallele mit dem politischen Niedergang der Festsitz herzustellen und äußerten ihre Ansichten während der Vorstellung durch Zwischenrufe. Andere Zuschauer antworteten.

Die Uebersetzung der 2. Sinfonie Beethovens (Orfeo) aus dem Berliner Musikhaus durch die Triebcasting Co. nach Amerika hatte ein sehr gutes Ergebnis. Am ganzen Lande war die Uebersetzung klar zu hören.

Das Strafgericht in Metz hatte kürzlich einen gewissen Robert Nacques an vier Jahren Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe verurteilt, der als ehemaliger Royal-Kolter bei den Besetzungsdarstellungen an der französischen Charente an armen einer ausländischen Macht Spionage betrieben haben soll. Das Appellationsgericht hat das erstinstanzliche Urteil nunmehr, soweit es die Gefängnisstrafe betrifft, bekämpft, die Geldstrafe dagegen auf 1000 Franken erhöht.

# Vizekanzler und neuer Glaube

## Der Verrat am Katholizismus durch Herrn von Papen

Man schreibe uns von katholischer Seite:

Die „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ (A.K.D.) ist nicht die erste Gründung des Herrn Franz v. Papen, seines Zeichens Vizekanzler des „dritten Reiches“. Vor Jahren war er Mitbegründer des Bundes zum Schutze abendländischer Kultur, und von Papen hat inzwischen die seinerzeit von ihm selber noch erläuterten Grundzüge der abendländischen Kultur ebenso gründlich dem „dritten Reich“ geopfert, wie er die katholische Sache dem „dritten Reich“ opfern wird. Warum auch nicht? „Opfern“ ist Trumpf im „dritten Reich“. Mit „Spenden“ fängt man an und mit der persönlichen Freiheit hört auf. Was sagte Herr von Papen noch im Oktober 1930 auf der Herbsttagung des Kulturbundes? Damals, wo er sich gegen den Antisemitismus der NSDAP ausgesprochen hat? Damals, wo der Rabbiner Dr. Rosenthal aus Köln ihn fragte, was seine Absichten in dieser Beziehung seien?

„Ich werde das christliche und das jüdische Glaubensbekenntnis zu einer gemeinsamen Front gegen den Volkswortführer zusammenschweißen!“

Also sprach von Papen! Doch als der Völkerröcher eben dieses jüdische Glaubensbekenntnis für die Grundlage des „Nazismus“ erklärte und im „dritten Reich“ die Juden- und Menschenhölle begann, da hielt eben jener Herr von Papen zündende Reden für den „Führer“ und sein „drittes Reich“. Sogar streicht sich nun heute katholisch an und macht Propaganda für Hitler! Ja: hier im Saargebiet wird zu einer katholischen Arbeitsgemeinschaft für Hitler aufgerufen, derweil

im Reiches Pfarrer auf Pfarrer eingesperrt wird und auf dem Kölner NSDAP-Gauleitertag vom 15. Januar 1934 von den Nazigrößen laut und feierlich der religiöse Krieg der NSDAP gegen jeden andern Glauben in Hitlerland ausgerufen worden ist!

Der „Westdeutsche Beobachter“ schreibt in Nr. 14 vom 15. Januar 1934 in riefiger Umschlagung, beginnend gleich auf der ersten Seite, zunächst in einem Redaktionsbericht über den Nazi-Gauleitertag vom 14. Januar 1934 in Köln:

„Nur Narren und Lören können behaupten, der Nationalsozialismus erschöpfe sich im Politischen, Wirtschaftlichen, im Sozialen. Nein, dieser Kongress und besonders die Reden Dr. Leys und Großes... waren ein unerhörtes kühner, leidenschaftlicher Wortkampf ins Weltanschauliche, ins Seelische, ins Religiöse... Weltanschauungen kennen keine Kompromisse; im Kriege der Weltanschauungen gibt es nur Sieg oder Vernichtung! Mit Leidenschaftlicher Inbrunst rief Dr. Ley in den Saal: „Meine Parteigenossen! Unser Kampf ist ein heiliger, ein religiöser Kampf und darum verlangen wir auch den Anspruch auf Totalität!“

Wir geben es also Herrn von Papen so wieder, wie es die Zeitungen aussprechen, für deren „Führer“ Herr von Papen „kämpft“: nur Narren und Lören können von religiöser Duldsamkeit der Nationalsozialisten sprechen! Niemand kann annehmen, daß Herr von Papen dies nicht weiß!

Hören wir, was das eigentliche Arbeitsprogramm der NSDAP, das wir jetzt kennen, dazu sagt („Weissen von Zion“ 59, I und III; 49-V):

„Auf unser Betreiben hin wurde die Geißlichkeit in den Augen des Volkes herabgesetzt und jeden Einflusses auf die Massen beraubt. Wenn sie die Massen noch hinter sich hätte, so läge darin für die Verwirklichung unserer Pläne ein ernstes Hindernis. Aber ihr Einfluß auf das Volk geht ersticklich mit jedem Tage mehr zurück.“

Wenn die Zeit reif ist, die Nacht des Papstes endgültig zu zerbrechen, wird der Finger einer unsichtbaren Hand die Köpfe auf den päpstlichen Stuhl hinweisen. Wenn sie dahin stürzen, wollen wir als angebliche Beschützer des Papstes antreten und ein größeres Nutzvergehen verhindern. Durch diesen Angriff werden wir in seine inneren Gemäuer gelangen und diese nicht verlassen, bis wir die Nacht des Papsttums völlig untergraben haben.“

Sobald wir die Herrschaft erlangt haben, werden wir seinen andern Glauben dulden als allein unsern Glauben...“

Werden nicht von den Leuten, für die Herr von Papen eintritt, Geißliche tagtäglich dem Volke als „Verbrecher an der Nation“ hingestellt? Führt man

sie nicht ab in schmälliche, rechtlose Schubhast und betont in der Nazipresse sogar noch, daß darin kein Verstoß gegen das von Herrn von Papen gültig vermittelte sogenannte Konfortat läge? Bezweckt die Hitlerbande damit nicht genau das, was oben im ersten Absatz zitiert ist, wie es denn auch die „Weissen von Zion“, 62, II weiter behauptet:

„Um den politischen Verbrechern den Schein des Helden zu nehmen, der sich für andere anopfert, werden wir ihn auf dieselbe Bank mit gewöhnlichen Dieben, Mördern und andern gemeinen Verbrechern setzen. Dann wird die öffentliche Meinung beide Arten von Verbrechern in einen Topf werfen und den politischen Verbrecher mit denselben Verachtung kraufen, die sie vor dem gemeinen Verbrecher schon jetzt empfindet.“

Was haben die Nazianhänger vom letzten Reichsparteitag erwartet? Was haben sie vom Kölner Gauleitertag erwartet? Zweifellos Pläne für die kommende „Arbeits-schlacht“! Doch was hörten sie? Salsadereien über Kulturpolitik und über einen neuen Glauben!

Den wunderts denn da, daß der „Westdeutsche Beobachter“ in Heftdruck von Dr. Ley und Groß schreibt:

„Das sind keine Politiker mehr, keine Parteiführer, nicht mehr Staatsmänner: Das sind Prediger einer erhobenen Weltanschauung, einer göttlichen Idee, des neuen Glaubens!“

Werden denn diese Schmierlinsen nicht schamrot, lie sie da noch mit langen Artikeln an die katholische Saarbevölkerung wenden und sie zur „Mitarbeit am dritten Reich“ auffordern, derweil weinduldselige Auspolitiker und Berufsmäßige Schwäger sich offiziell als Prediger des neuen deutschen Glaubens ausruhen lassen? Und was erst haben diese „Prediger“ gesagt? Zunächst Groß:

„Die Kraft des Geistes hört da auf, wo dem Geiste mit Gewalt entgegen getreten wird.“

Da haben wir, worauf ganz Hitlerland abgestellt ist: Blinde Brutalität! Und wie züchtet Hitlerland die „Prediger des neuen Glaubens“ zu dieser Brutalität? Dr. Ley bat uns folgendermaßen gefragt:

„Jeder von Euch ist ein eigenartiger Mensch geworden, ein eigener Typ, den es bisher nicht gegeben hat, den es nur in der NSDAP gibt, den die Welt nicht kennt, den nur wir kennen. . . . Politischer Leiter, Nationalsozialist: das A und C, Anfang und Ende Deines Denkens ist nur Gehorsam. Du hast zu gehorchen, blind zu gehorchen, nicht zu fragen, weshalb und wofür wird das und jenes befohlen! Du hast zu gehorchen! Soldat sein heißt: Gehorsam! Willst Du ein revolutionärer Typ sein, der die Revolution zum Ziele führt, dann mußt Du zuerst gehorchen gelernt haben und Prediger zugleich sein! Dich muß ein heiliges Feuer erfaßt haben, das dich reden läßt, Dein Herz bewegt. In Deiner Gemeinde mußt Du der Mittelpunkt aller Begeisterung sein!“

Ja: wo die heiligen Gefühle der Menschheit so schamlos und so planmäßig und so zielbewußt zur Vernichtung aller christlichen Kultur mißbraucht werden, wer wundert sich denn darüber, daß das neue deutsche Arbeitsrecht Knechtschaft und Schmach für die Arbeiter gebracht hat? Aber wundern sollte man sich, daß dieser Herr von Papen immer noch den Mut findet, katholischer Volk „zur Mitarbeit“ aufzurufen, zur Mitarbeit nicht nur dort, wo niemand mitarbeiten, sondern bloß blind gehorchen darf, sondern sogar dort, wo, wie Herr von Papen propagiert, „katholische Werte“ nach den Grundzügen besonders der *Rerum novarum* eingebaut werden sollen? Schames- und Horneströße zugleich steigen dem hoch, der da liebt, was die *Rerum novarum* verlangt, und dann bedenkt, für was dieser Herr von Papen den katholischen Bevölkerungsteil mißbrauchen will! Man sollte das Buch nehmen und diese ganze gleichgeschaltete Presse damit um die Ohren hauen: so deutlich steht die absolute Abfage an den Völkerröcher in der Enzyklika. Greifen wir nur folgende Kernsätze heraus:

... das gegenseitige Verhältnis der besitzenden Klasse und der Arbeiter hat sich wesentlich umgestaltet; das Kapital ist in den Händen einer geringen Zahl angehäuft, während die große Menge verarmt; es wächst in den Arbeiter das Selbstbewußtsein, ihre Organisation erstarkt. Dazu gesellt sich der Niedergang der Sitten. Das alles hat den sozialen Konflikt wachgerufen, vor dem wir stehen. . . . Die Arbeiterfrage ist geradezu in den Vordergrund der ganzen Zeitbewegung getreten. . . .

Ihr das Vertrauen ausgesprochen hatte. Daß alle Vorkämpfer der NSDAP wurden wochenmonatlang in Schubhast gehalten. Selbst vor dem Reichs-Ritter von Ley machte er nicht halt, weil er Führer der Bawernmacht war. Seine besondere Spezialität ist die Jagd auf katholische Geißliche, von denen in den letzten neun Monate weit mehr eingesperrt wurden, als während des ganzen Kulturkampfes. Die Zeit wird kommen, wo all dies der Öffentlichkeit bekannt werden wird. Indes, vielleicht ist es gut so. Das Volk erwacht allmählich (Deutschland erwacht!) und wird Rechenschaft fordern. Bis dahin freilich bleiben wir ein Sklavenvolk, ohne Meinungsfreiheit, ohne Personalfreiheit, ohne Versammlungsfreiheit, ohne Recht und ohne Wahrheit. Was in den Veröffentlichungen der Tscheka — so heißt bei uns die politische Polizei — gelogen und verkleumdet wird, ist haarträubend, oft sogar unerlaubt dumm. . . .

Der „Christliche Standestaal“ sagt über das Verhältnis Deutschlands zum Vatikan: „Auch auf Luther folgte das Konzil von Trient, auf Bismarcks Kulturkampf die Herrschaft des Zentrums. Auch das Reichskonkordat ist nicht der Weisheit letzter Schluß und seine Verfallung und Nichtinnehaltung durch den Nationalsozialismus gewisslich keine Heldentat der alten Germanen. Hitler ist nicht Bismarck, nicht einmal Bismarck, und immer hat die Kirche den längeren Atem, weil sie von göttlichem Obem befehle ist, während der Nationalsozialist Hitler, wenigstens in religiös-kulturellen Fragen, nur Schwefel und Schwefel verbrennt.“

Indessen, es liegt nun einmal zutage und es wird von allen Seiten anerkannt, daß gebissen werden muß, und zwar baldige ernste Hilfe nottut, weil Unzählige ein wahrhaft gedrücktes und unmwürdiges Dasein führen.

An der Umwälzung des vorigen Jahrhunderts wurden die alten Gewerkschaften der arbeitenden Klasse zerstückelt, neue Gewerkschaften traten zum Erlage ein, das öffentliche und staatliche Leben entleerte sich zudem immer mehr der christlichen Sitte und Anschauung, und so geschah es, daß die Arbeiter allmählich der Herzlosigkeit reicher Besitziger und der ungezügeltsten Jagd der Konkurrenz isoliert und schußlos überantwortet wurden. . . . Produktion und Handel sind fast zum Monopol von wenigen geworden, und so konnten wenige übermäßig reiche einer Masse von Heißglotzen ein nahezu slavisches Joch auferlegen.

Im allgemeinen ist in Bezug auf den Lohn wohl zu beachten, daß es wider göttliches und menschliches Gesetz geht, Kostenbeude zu drücken und auszubeuten um des eigenen Vorteiles willen.

Dem Arbeiter den ihm gebührenden Lohn vorenthalten ist eine Sünde, die zum Himmel schreit. „Siehe“, sagte der heilige Geist, „der Lohn der Arbeiter, den ihr unterdrückt, schreit zu Gott, und ihre Stimmen dringen zum Herrn Sabaoth.“

Da der Lohn des vom Arbeiter angenommen wird, so könnte es scheinen, als sei der Arbeitgeber nach erfolgter Lohnauszahlung aller weiteren Verbindlichkeiten entbunden. Man könnte meinen, ein Unrecht läge nur vor, wenn entweder der Lohnherr einen Teil der Jahrlöhne zurückbehalte oder der Arbeiter nicht die vollständige Leistung verrichte, und einzig in diesen Fällen sei für die Staatsgewalt ein Grund zum Einschreiten vorhanden, damit nämlich jedem das Seine werde. Indes: diese Lohnauszahlung kann nicht vollständigen Befall finden. Wenn also auch immerhin die Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, insbesondere hinsichtlich des Lohnes, beiderseits frei geschieht, so bleibt dennoch eine Forderung der natürlichen Gerechtigkeit bestehen, die nämlich, daß der Lohn nicht etwa so niedrig sei, daß er einem genügenden und rechtschaffenen Arbeiter den Lebensunterhalt nicht abwirft.

Diese schwerwiegende Forderung ist unabhängig vom freien Willen der Vereinbarenden. Gesetz, der Arbeiter beugt sich aus keiner Not oder um einem schlimmeren Zustande zu entgehen, den harten Bedingungen. . . . so heißt das Gesetz leiden, und die Gerechtigkeit erhebt gegen einen solchen Zwang Einspruch!

Obgleich wir schon wiederholt aus den Arbeitervereinen gesprochen haben, wollen wir doch an dieser Stelle eingehender ihre Zeitgemäßheit und Berechtigung darlegen. . . . Wehe dem Vereinseitel! Wenn er fällt, so hat er niemand, der ihn aufrichtet! . . . Sie beruhen auf der Grundlage des Naturrechtes; das Naturrecht aber kann der Staat nicht vernichten, sein Verstoß ist vielmehr, daßelbe zu schützen. Verbietet ein Staat dennoch die Bildung solcher Vereinigungen, so handelt er gegen sein eigenes Prinzip. . . . Denn staatliche Gesetze und Anordnungen besitzen inneren Anspruch auf Gehorsam nur, insofern sie der richtigen Vernunft und damit dem ewigen Gesetze Gottes entsprechen!

... Hierbei ist insbesondere dies ein betrüblicher Umstand, daß den friedlichen und allseitig nützlichen Vereinigungen von Katholiken der Weg verlegt wird zu gleicher Zeit, wo man verkündet, daß Vereinigungsfreiheit ein allgemeines gesetzliches Gut sei. . . .

Es ist unmöglich, die Einrichtung der gedachten Vereine in einer für alle gedachten Form vorzugeben; dazu hängen sie zu sehr vom Volkscharakter, von den Erfahrungen, von der wirtschaftlichen Entwicklung, von der Art und Einträglichkeit der verschiedenen Arbeiten, endlich von manchen Umständen ab, die in Ermägung zu ziehen sind.“

Der regierende Paps Pius XI. hat diese Grundzüge seines Vorgängers bestätigt, und zwar in der „Quadragesimo anno“. Wo war denn der „Katholikenführer“ Herr Franz von Papen, als Hitler mit allen diesen päpstlichen Grundzügen „kraftvoll“ aufträumte?

Wo war Herr von Papen, der Vizekanzler, als Hitler: Den Arbeitern das Gewerbekraftsvermögen raubte? Die Betriebe unter Spiegheldienst und Terror setzte? Die überzeugungstreuen Leute in Schubhast schickte? Allen Arbeitervereinen ein jähes Ende bereitetete? Das gesamte arbeitende Volk der Diktatur des Hochkapitals auslieferte, sie als Ironarbeiter für die Lebensnotdurft in den Straßenbau steckte, damit internationale Auto- und Benzintrusts ihre Beutel weiter füllen können?

Da die gleichgeschaltete Zentrums Presse zur Wundenlangerin des „Ritters ohne Furcht und Tadel“ geworden ist, wollen wir und müssen wir die Lücke ausfüllen: und es wird richtig geschehen!

## Die Katholikenverfolgung

### Mehr Priester eingesperrt als während des ganzen Kulturkampfes

Der „Christliche Standestaal“ bringt eine ausführliche Schilderung der verschiedenen Ehrenwörterbrüche, die zur Verletzung Bayerns führten. Der Darstellung läßt er einen aktuellen Bericht folgen, dem wir das Folgende entnehmen: „Angesichts unserer traurigen Lage dem Ausland gegenüber und angesichts unserer trübsamen wirtschaftlichen Verhältnisse wünschen jetzt alle Vernünftigen, daß eine Verdrängung im Innern einreten möge, damit die kommunistischen Elemente innerwärts und außerhalb der nationalsozialistischen Partei nicht die Oberhand gewinnen. An einen gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen Regierung denkt daher, von den Volkswahlen abgesehen, niemand. Aber menschenwürdig regieren möchten wir werden. Statt dessen wird uns in Bayern die Reichstrennlichkeit durch die politische Polizei gründlich verleidet, in der ein 58jähriger Norddeutscher der unlässigen Marineoffizier Heiderich, den Ton angibt. Er hat nicht das geringste Verständnis für das bayerische Volk und behandelt es schlechter als einst die Preußen die Polen und Estländer behandelt haben. Seine Regierungsweltweise heißt: Einsperren und wieder einsperren! Und das wendet er nicht bloß gegen die Kommunisten an, sondern auch gegen die bayerische Volks-Partei, die ja zweifellos die Trägerin des bayerischen Gedankens war, die sogar durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes

## Zuspitzung in Oesterreich

Wien, 18. Jan. Der ehemalige Gauleiter der österreichischen Nationalsozialisten Alfred G. Frauenfeld und der frühere Bundesrat Schattenstrosch wurden, wie amtlich gemeldet wird, wegen fortgesetzter verhetzerischer nationalsozialistischer Parteibeteiligungen mit sechs Wochen bzw. mit drei Wochen Arrest bestraft. Weiter wurden 20 nationalsozialistische Parteimitglieder, darunter die früheren Gemeinderäte Mühlbacher, Juraenit Hölzl und ein ehemaliger Bezirksrat in das Anhaltelager Wöllersdorf überführt.

Der Bundesführer der österreichischen Heimwehr Starbemberg hat den neuen Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr Kubaczek, der die Stelle des Grafen Alberti übernommen hatte, seiner Führerstellung entbunden. weil er ebenso wie Alberti Stimmung dafür gemacht habe, mit den Nationalsozialisten Verhandlungen aufzunehmen. Starbemberg, der abermals einen Aufruf an den Heimaltschug erläßt, in dem er wieder den Nationalsozialismus in der schärfsten Weise angreift, teilt mit, daß er bis auf weiteres die Führung des niederösterreichischen Heimwehverbandes selbst übernehme. Er kündigt allezeitliche unerlaubten dem demokratischen Führer und gegen den Marxismus an.

# Führer und Gefolgschaft

## Gesetz zur Verklavung der deutschen Arbeitnehmer - Betriebsdiktatur des Unternehmers und des staatlichen Treuhänders der Arbeit

Das vor einigen Tagen pomphaft angekündigte „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ wird nun im Wortlaut veröffentlicht. Es soll am 1. Mai, dem zweiten Festtag der Arbeit, in Kraft treten. Wir werden das Gesetz noch würdigen. Es ist, wie der hier abgedruckte Text jedem teilfähigen Leser zeigt, echter „deutscher Sozialismus“. Für das Unternehmertum und die Staats-Parteidiktatur eine Fülle wirklicher Rechte, für die „Gefolgschaft“, also die wirtschaftlich Abhängigen, eine Anhäufung von schäumigen Phrasen, die zerrinnen, wenn man sie auf ihren Inhalt untersucht. Der größte Teil des bisherigen Arbeiterrechts wird vernichtet.

### Erster Abschnitt

#### Führer des Betriebs und Vertrauensrat

Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat. Der Führer des Betriebes entscheidet über die Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten. Der Unternehmer, bei juristischen Personen und Personengesellschaften die gesetzlichen Vertreter, können eine an der Betriebsleitung verantwortliche Person mit ihrer Stellvertretung betrauen; dies muß geschehen, wenn sie den Betrieb nicht selbst leiten. Als Betriebe im Sinne des Gesetzes gelten auch Verwaltungen. Auf Schiffe der See-, Binnen- und Luftschiffahrt und ihre Besatzung findet das Gesetz keine Anwendung, ebensowenig auf die im öffentlichen Dienste beschäftigten Arbeiter und Angehörigen.

Dem Führer des Betriebes mit in der Regel mindestens 20 Beschäftigten treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes.

Der Vertrauensrat hat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen. Im übrigen hat er die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebszweckes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Mitglieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken. Er ist vor der Befehlsgebung von Bußen auf Grund der Betriebsordnung zu hören.

Der Vertrauensrat kann einzelne seiner Aufgaben bestimmten Vertrauensmännern zur Wahrnehmung übertragen. Vertrauensmann soll nur sein, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat, mindestens ein Jahr dem Betriebe oder dem Unternehmen angehört und mindestens zwei Jahre im gleichen oder verwandten Berufs- oder Gewerbegebiet tätig gewesen ist. Er muß die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, der Deutschen Arbeitsfront angehören, durch vorbildliche menschliche Eigenschaften ausgezeichnet sein und die Gewähr bieten, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt.

Der Führer des Betriebes stellt im Einvernehmen mit dem Führer der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation im März jeden Jahres eine Liste der Vertrauensmänner und deren Stellvertreter auf.

Die Gefolgschaft hat zu der Liste alsbald durch geheime Abstimmung eine Stellung zu nehmen. Kommt auf diesem Wege ein Vertrauensmann nicht zustande, so kann der Treuhänder der Arbeit Vertrauensmänner in der erforderlichen Anzahl berufen. Der Vertrauensrat ist nach Bedarf von dem Führer des Betriebes einzuberufen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn die Hälfte der Vertrauensmänner es beantragt.

Das Amt der Vertrauensmänner ist ein Ehrenamt, für dessen Wahrnehmung ein Entgelt nicht gewährt werden darf. Für den durch die Erfüllung der Aufgaben notwendigen Ausfall von Arbeitszeit ist der übliche Lohn zu zahlen. Notwendige Ausgaben sind von der Betriebsleitung zu erstatten.

Der Treuhänder der Arbeit kann einen Vertrauensmann wegen sachlicher und persönlicher Ineignetheit abberufen.

Gegen Entscheidungen des Führers des Betriebes und die Gestaltung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, kann die Mehrheit des Vertrauensrates des Betriebes den Treuhänder der Arbeit unverzüglich schriftlich anrufen, wenn die Entscheidungen mit den wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnissen des Betriebes nicht vereinbar erscheinen. Die Wirksamkeit der von dem Führer des Betriebes getroffenen Entscheidungen wird durch die Anrufung nicht gehemmt. Der Treuhänder kann unter Aufhebung der Entscheidung des Führers des Betriebes die erforderliche Regelung selbst treffen.

### Zweiter Abschnitt

#### Treuhänder der Arbeit

Für größere Wirtschaftsbetriebe werden Treuhänder der Arbeit ernannt. Sie haben für die Erhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe haben sie: 1. über die Bildung und Geschäftsführung der Vertrauensleute zu wachen und in Streitfällen zu entscheiden; 2. in den vom Gesetz näher bezeichneten Fällen Vertrauensmänner der Betriebe zu berufen und abzurufen; 3. auf Anrufung der Mehrheit des Vertrauensrates Entscheidungen des Führers des Betriebes über die Gestaltung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung nachzuprüfen und gegebenenfalls die erforderliche Regelung selbst zu treffen; 4. bei größeren Entlassungen die bisher dem Demobilisationskommissar nach der Stilllegungsverordnung zustehenden Rechte wahrzunehmen; 5. die Durchführung der Bestimmungen über die Betriebsordnung zu überwachen;

6. Richtlinien und Tarifordnungen festzusetzen und ihre Durchführung zu überwachen;

7. bei der Durchführung der sozialen Ehrengerichtsbarkeit mitzuwirken; 8. die Reichsregierung nach näherer Anweisung des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers ständig über die sozialpolitische Entwicklung zu unterrichten.

Der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister können im Rahmen der Gesetze den Treuhändern der Arbeit weitere Aufgaben übertragen.

Die Stilllegungsverordnung wird aufgehoben. Es ist jedoch vorzusehen, daß vor größeren Entlassungen dem Treuhänder Anzeige zu erstatten ist und die Entlassung vor Ablauf einer Sperrfrist von vier Wochen... Die Sperrfrist kann vom Treuhänder... An Stilllegungsverordnung kann der...

Treuhänder auch bis zum Ablauf der Sperrfrist eine Streikung der Arbeit zulassen. Der Reichsarbeitsminister kann dem Treuhänder der Arbeit, sofern es die Größe und die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse seines Wirtschaftsbereiches erfordern, Beauftragte unterstellen, denen vom Reichsarbeitsminister oder vom Treuhänder der Arbeit die diesem obliegenden Aufgaben für einen bestimmten Bezirk oder hinsichtlich bestimmter Gewerbegebiete oder bestimmter Aufgaben ganz oder teilweise übertragen werden können.

Der schriftlichen allgemeinen Anordnungen des Treuhänders der Arbeit, die dieser in Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben erläßt, wiederholt vorläufig zwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bestraft; in besonders schweren Fällen kann an die Stelle der Geldstrafe oder neben sie Gefängnisstrafe treten.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Treuhänders der Arbeit ein. Die Treuhänder der Arbeit berufen zu ihrer Beratung in allgemeinen oder grundsätzlichen Fragen ihres Aufgabengebietes einen Sachverständigenrat aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen ihres Gebietes. Die Treuhänder der Arbeit können ferner zu ihrer Beratung im Einzelfalle, insbesondere vor Erlass von Tarifordnungen einen Sachverständigenausschuß berufen.

### Dritter Abschnitt

#### Betriebsordnung und Tarifordnung

In jedem Betriebe, in dem in der Regel mindestens 20 Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, ist vom Führer des Betriebes eine Betriebsordnung für die Gefolgschaft des Betriebes (§ 1) schriftlich zu erlassen. In die Betriebsordnung sind folgende Arbeitsbedingungen aufzunehmen: 1. Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Pausen; 2. Zeit und Art der Gewährung des Arbeitsentgelts; 3. die Grundlage für die Berechnung der Normal- oder Gedingearbeit, soweit im Betriebe im Akkord oder Bedingearbeit; 4. Bestimmungen über die Art, Höhe und Einziehung von Bußen, wenn solche vorgelesen werden; 5. die Gründe, aus denen die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist erfolgen darf; 6. die Verwendung der durch rechtmäßige Auflösung des Arbeitsverhältnisses verwirklichten Entgeltbeiträge, soweit die Verwirklichung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen in der Betriebsordnung oder im Arbeitsvertrag vorgelesen ist.

In die Betriebsordnung können neben den gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen auch Bestimmungen über die Höhe des Arbeitsentgeltes und über sonstige Arbeitsbedingungen aufgenommen werden, ferner weitere Bestimmungen über die Ordnung des Betriebes, das Verhalten der Beschäftigten im Betriebe und über die Verhütung von Unfällen. Soweit in der Betriebsordnung der Arbeitsentgelt für Arbeiter oder Angestellte festgesetzt wird, sind Mindestsätze mit der Maßgabe aufzunehmen, daß für die seinen Leistungen entsprechende Vergütung des einzelnen Betriebsangehörigen Raum bleibt. Auch im übrigen ist auf die Möglichkeit einer angemessenen Vergütung besonderer Leistungen Bedacht zu nehmen. Die Bestimmungen der Betriebsordnung sind für die Betriebsangehörigen als Mindestbedingungen rechtsverbindlich.

Der Treuhänder der Arbeit kann nach Beratung in einem Sachverständigenausschuß Richtlinien für den Inhalt von Betriebsordnungen und Einzelarbeitsverträgen festsetzen.

Zu dem Schutze der Beschäftigten einer Gruppe von Betrieben innerhalb des dem Treuhänder der Arbeit zugewiesenen Bezirks die Befehlsgebung von Mindestbedingungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse zwingend geboten. So kann der Treuhänder nach Beratung in einem Sachverständigenausschuß eine Tarifordnung schriftlich erlassen. Die Bestimmungen der Tarifordnung sind für die von ihr erfassten Arbeitsverhältnisse als Mindestbedingungen rechtsverbindlich. Entgegenstehende Bestimmungen in Betriebsordnungen sind nichtig. Der Treuhänder der Arbeit kann in der Tarifordnung die Arbeitsgerichtsbarkeit für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten aus einem Arbeits- oder Verhältnisse, das sich nach der Tarifordnung bestimmt, durch die ausdrückliche Bestimmung ausschließen, daß die Entscheidung durch ein Schiedsgericht erfolgen soll.

Für Hausgewerbetreibende kann gleichfalls zur Regelung ihrer Arbeitsbeziehungen mit ihren Auftraggebern vom Treuhänder eine Tarifordnung erlassen werden. Diesen Hausgewerbetreibenden kann der Reichsarbeitsminister oder der Treuhänder der Arbeit sonstige Hausgewerbetreibende, Familienmeister und andere arbeitsverhältnisse Personen ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit wegen gleichstellen.

### Vierter Abschnitt

#### Soziale Ehrengerichtbarkeit

Jeder Angehörige einer Betriebsgemeinschaft trägt die Verantwortung für die gewissenhafte Erfüllung der ihm nach seiner Stellung innerhalb der Betriebsgemeinschaft obliegenden Pflichten. Er hat sich durch sein Verhalten der Achtung würdig zu erweisen, die sich aus seiner Stellung in der Betriebsgemeinschaft ergibt. Insbesondere hat er im freien Bewußtsein seiner Verantwortung seine volle Kraft dem Dienst des Betriebes zu widmen und sich dem gemeinen Wohle unterzuordnen. Größliche Verletzungen der durch die Betriebsgemeinschaft begründeten sozialen Pflichten werden als Verträge gegen die soziale Ehre von den Ehrengerichten geahndet. Derartige Verträge liegen vor, wenn Unternehmer, Führer des Betriebes oder sonstige Aufsichtspersonen unter Mißbrauch ihrer Machtstellung im Betriebe böswillig die Arbeitskraft der Angehörigen der Gefolgschaft ausnützen oder ihre Ehre kränken.

Angehörige der Gefolgschaft den Arbeitsfrieden im Betriebe durch böswillige Verletzung der Gefolgschaftsgährden, sich insbesondere als Vertrauensmänner bewußt unzulässige Eingriffe in die Betriebsführung anmaßen oder den Gemeinwohlgeist innerhalb der Betriebsgemeinschaft fortgesetzt böswillig kränken; Angehörige der Betriebsgemeinschaft wiederholt leichtfertig unbegründete Beschwerden oder Anträge an den Treuhänder der Arbeit richten oder seinen schriftlichen Anordnungen hartnäckig widerhandeln;

Mitglieder des Vertrauensrates vertrauliche Angaben, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, die ihnen bei Erfüllung

ihrer Aufgaben bekannt geworden sind, als solche bezeichnet worden sind, unbefugt offenbaren.

Die ehrengerichtlichen Strafen sind: Warnung, Verweis, Ordnungsstrafe in Geld bis zu zehntausend Reichsmark, Aberkennung der Befähigung, Fährder des Betriebes zu sein oder das Amt eines Vertrauensmannes auszuüben, Entfernung vom bisherigen Arbeitsplatz.

Auf das ehrengerichtliche Verfahren finden im wesentlichen die Vorschriften der Strafprozedurordnung über das Verfahren in den zur Zuständigkeit der Landgerichte gehörigen Strafsachen entsprechende Anwendung, ohne Mitwirkung der Staatsanwaltschaft. Ueber Verlegungen der sozialen Ehre entscheidet auf Antrag des Treuhänders der Arbeit ein Ehrengericht, das für jeden Bezirk eines Treuhänders der Arbeit zu errichten ist.

Das Ehrengericht besteht aus einem richterlichen Beamten als Vorsitzenden und einem Führer eines Betriebes und einem Vertrauensmann als Beisitzern. Führer des Betriebes und Vertrauensmänner sind durch den Vorsitzenden des Ehrengerichts aus Vorschlagslisten zu ernennen, die die Deutsche Arbeitsfront aufstellt. Angelegenheiten wegen Verletzung der sozialen Ehre sind beim Treuhänder der Arbeit anzubringen, der den Sachverhalt ermittelt. Hält der Vorsitzende des Ehrengerichts, der selbst weitere Ermittlungen vornehmen kann, den Antrag des Treuhänders für begründet, so kann er auch Warnung, Verweis oder Ordnungsstrafe in Geld bis zu einhundert Reichsmark erkennen. Gegen diese Entscheidung können der Beschuldigte und der Treuhänder Einspruch erheben.

Entscheidet der Vorsitzende des Ehrengerichts nicht selbst, dann erfolgt Verhandlung vor dem Ehrengericht. Der Treuhänder der Arbeit kann der Hauptverhandlung beiwohnen und Anträge stellen. Gegen Urteile des Ehrengerichts ist die Berufung zulässig, über die der Reichsehrengerichtshof entscheidet, der mit zwei höheren richterlichen Beamten sowie mit je einem Führer des Betriebes und einem Vertrauensmann besetzt ist.

### Fünfter Abschnitt

#### Kündigungsschutz

Wird einem Angestellten oder Arbeiter nach einjähriger Beschäftigung gekündigt, so kann er, wenn es sich um einen Betrieb mit in der Regel mindestens zehn Beschäftigten handelt, beim Arbeitsgericht mit dem Antrag auf Widerruf der Kündigung klagen, wenn diese unbillig hart und nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt ist. Die Klage ist ausgeschlossen, wenn die Kündigung auf Gesetz oder Tarifordnung beruht. Der Klage ist eine Bescheinigung des Vertrauensrates beizufügen, aus der sich ergibt, daß die Frage der Weiterbeschäftigung im Vertrauensrat erfolglos beraten worden ist.

Erkennt das Gericht auf Widerruf der Kündigung, so wird gleichzeitig im Urteil eine Entschädigung für den Fall festgesetzt, daß der Unternehmer den Widerruf ablehnt. Der Unternehmer hat dann zu erklären, ob er den Widerruf der Kündigung oder die Entschädigung wählt. Die Entschädigung, die sich nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses bemisst, darf vier Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen.

### Sechster Abschnitt

#### Arbeit im öffentlichen Dienst

Der Dienst von Angestellten und Arbeitern bei den Verwaltungen und Betrieben des Reichs, der Länder, der Reichsbank, der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und des Unternehmens Reichsautobahnen, ferner bei den Verwaltungen der Gemeinden (Gemeindeverbände) und anderer Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts wird durch ein in Vorbereitung befindliches Sondergesetz geregelt.

### Siebter Abschnitt

#### Schluß- und Uebergangsvorschriften

Das Gesetz tritt mit einigen Ausnahmen mit dem 1. Mai 1934 in Kraft. Folgende Gesetze sind außer Kraft gesetzt: das Betriebsrätegesetz mit Nebengesetzen, die Tarifvertragsgesetz, die Verordnung über das Schlichtungswesen, das Gesetz über Treuhänder der Arbeit, die Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabwärtigen und -Hilfswägern u. a. m. Ferner sind verschiedene arbeitsrechtliche Gesetze im Hinblick auf das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit abgeändert worden. Davon sei nur erwähnt, daß künftig vor den Arbeitsgerichten als Prozeßbevollmächtigte Leiter und Angehörige der von der Deutschen Arbeitsfront eingerichteten Rechtsberatungsstellen sowie Rechtsanwälte zugelassen sind, die im Einzelfall von der Deutschen Arbeitsfront zur Vertretung einer Partei ermächtigt sind. Im übrigen ist der Reichsarbeitsminister ermächtigt, weitere Durchführungs- und Ergänzungsanordnungen zu erlassen.

Schlüssig ist vorgeschrieben, daß die am 1. Dezember 1933 geltenden oder nach diesem Tag in Kraft getretenen Tarifverträge bis zum 30. April 1934 in Kraft bleiben, soweit nicht der Treuhänder der Arbeit Änderungen vornimmt oder ihren früheren Ablauf anordnet.

## Das Geld der Krankenkassen?

### Was geschieht damit?

Ursprünglich war der Reichsarbeitsminister, wie aus dem Erlass IIa Nr. 12476/33 hervorgeht, der Rechtfertigung, daß aus den Mitteln der Krankenkassen keine Spenden für die nationale Arbeit genommen werden dürften; nun forciert er sich selbst und stellt seine Bedenken zurück. Auch für das Winterhilfswerk sollen die Versicherungsbeiträge bewilligt. Diese merkwürdige Art. öffentliche Gelder zu verwalten, erfolgt nach dem Satz, daß man ein Loch aufrecht, um so ein anderes zuzufüllen. Die Versicherten haben auf die Verwaltung der Gelder überhaupt keinen Einfluß.

## „Milsbedürftige Personen“

### Von der verlorenen Arbeitsschlacht

Aus Klasse und berichten heftige Zeitungen: Im Hinblick auf verhärteten planlosen Zustand von Land und Volk, insbesondere von milsbedürftigen Personen, hat der hiesige Stadtvorstand beschlossen, zur Abwehr des unerwünschten Zustandes die Klatsche der Unterhaltungsbehörde für von auswärts zuziehende Personen auf zehn Mark pro Monat festzusetzen.



# Was die deutsche Frau verlor . . .

Paula Siber von Groote will eine „neue“ Frauenbewegung schaffen

Viel Gutes hat der Nationalsozialismus bis jetzt den Frauen nicht gebracht. So haben seine Wortführerinnen genug zu tun, immer wieder Entschuldigungen bei der Gefolgschaft vorzubringen, wegen der Verdrängung der Frauen aus dem Berufsleben, ihrem Ausschluß aus der Politik und mandhem andern. Es könnte auch gescheite Frauen nachdenklich oder stützig machen, daß zur Führung der nationalsozialistischen Frauenschaft und des „Deutschen Frauenwerks“ die Reichsregierung nicht eine einsichtsvolle Frau berufen hat, sondern einen schneidigen Landrat. Um solche rebellischen Gedanken abzulenken, mußte ein Ventil gefunden werden, etwas wie ein Sündenbock, der fand sich ziemlich mühelos in der ohnehin mundtot gemachten Frauenbewegung.

Vor allem ist es Paula Siber von Groote, Referentin für Frauenfragen im Innenministerium, die immer wieder auf diesen Gegensatz zwischen der alten und der „neuen“ Frauenbewegung zurückkommt, in einer besonderen Schrift, in einem Aufsatz: „Frauenbildung im neuen Deutschland“ (erschienen in der Zeitschrift: Die Erziehung) und in einem Rundfunkvortrag: „Die Frauenfrage und ihre Lösung durch den Nationalsozialismus“. Hier werden der Frauenbewegung Fehler in die Schuhe geschoben, gegen die sie selbst stets heftig gekämpft hat wie das mangelnde politische Interesse der bürgerlichen Frauenkreise oder die sexuelle Verantwortunglosigkeit der berufstätigen Frau. Andererseits werden als neue Aufgaben des Nationalsozialismus Forderungen aufgestellt, für die die Frauenbewegung sich schon immer eingesetzt hatte, wie u. a. das Frauendienstjahr und die sie zum Teil sogar längst durchgesetzte, wie die Müttererholungsfrist.

Es berührt eigenartig, in Paula Sibers Ausführungen u. a. den Satz zu lesen:

„In einem nationalsozialistischen Deutschland ist das Gebiet der Volksfürsorge vornehmlichste Aufgabe der Frau.“

Man muß bedenken, daß an mehreren von hervorragenden Frauen geleiteten Wohlfahrts- und Frauenschulen neuerdings die Führung in männliche und keineswegs besondere qualifizierte Hände übergegangen ist oder wenn man aus einem neuen Erlaß des preußischen Innenministers herausliest, daß viele Bezirksverbände die Fürsorgerinnen und Wohlfahrtspflegerinnen nur ihres Geschlechtes wegen aus dem öffentlichen Dienst entfernten und durch mangelhaft vorgebildete, ehrenamtliche Kräfte ersetzten.

Und ebenso bedenklich wird der Satz:

„Die große Volkserneuerungslehre des Nationalsozialismus fußt auf dem Organischen als dem für jede Erneuerung und jedes Wachsen notwendig Vorausgesetzten und Bedingten“.

wenn man gleichzeitig feststellen muß, daß sich gegen die Sterilisierung der Minderwertigen, die doch gewiß eine Technifikation organischer Vorgänge bedeutet, kein einziger Widerspruch aus Frauenkreisen erhoben hat.

Diese Ausführungen von Paula Siber übersehen eine wichtige Tatsache, daß nämlich die „neue Frauenbewegung“ überhaupt nicht möglich sein würde, hätte ihr nicht die „alte“ in langen Jahrzehnten die Wege bereitet und die Kräfte vorgeschult. Als vor etwa fünfzig Jahren die ursprüngliche deutsche Frauenbewegung einsetzte, hatte sie alles zu tun, alles neu aufzubauen.

„Uns hat dabei niemand geholfen. Wir mußten aus uns selbst die Kräfte dafür bereitstellen; der Stoff, mit dem man die breiten Frauenkreise hätte vertraut machen sollen, damit sie ihre Lage begriffen, war ja noch gar nicht vorhanden, er mußte erst erarbeitet werden. Wir hatten uns nicht einer vorhandenen Bewegung, die alle diese Aufgaben selbst gelöst hätte, einfach anzuschließen. Wir mußten alles Erforderliche selbst schaffen und vor allem: Frauen, die den Zusammenhang des modernen Lebens beherrschten, erziehen. Die Fragen und die Lösungen waren nicht so, daß man sie einfach nur in gebrauchsfertigen Schlagworten in die Massen hätten werfen können. Unsere Führerinnen wußten, daß eine Arbeit für Generationen vor ihnen lag, und sie fühlten die ganze Schwere der Verantwortung. Hatten wir denn, als der Ruf zur gestaltenden Mitwirkung an uns kam, erst im Krieg und dann nach dem Kriege genug geschulte Frauen für alle Stadien der Führung? Eine Bewegung kann in den Massen noch so leidenschaftlich und lebendig gefühlt werden; wenn sie nicht geistig beherrscht und geformt wird, bleibt sie dennoch ohne endgültige Wirkungen.“

Gertrud Bäumer, eine der aktivsten Führerinnen der deutschen Frauenbewegung erwidert so auf Paula Sibers Ausführungen im Dezemberheft der Zeitschrift „Die Frau“ unter dem Titel: „Frauenbewegung und Mütterchaft“.

Zweierlei an diesem Antwortartikel ist bemerkenswert: zunächst die Tatsache, daß er überhaupt erscheinen konnte, denn er stellt eine sündentige, wenn auch vorsichtig formulierte Kritik nationalsozialistischer Ideen dar. Dann aber ist neben den sachlichen Widerlegungen zu beachten die schöne und vornehme Offenheit, mit der hier eine Frau, die im früheren Deutschland jahrelang als Ministerialrätin und als Reichstagsabgeordnete in der vordersten Linie des politischen Lebens gestanden hat, manche Mißerfolge und Irrtümer der Frauenbewegung zugibt und ihre Ursachen festzustellen sucht.

Wesentlich für manches Mißlingen der Wirkung in breitere Kreise scheint ihr vor allem die parteiische Zersplitterung, sowohl auf dem weltanschaulichen wie dem eigentlich politischen Boden. Und sie stellt sachlich fest:

„Wenn heute eine solche durchgreifende wirkliche Erfassung der Frauen möglich ist, so ist es, weil der einheitliche weltanschauliche und politische Untergrund dafür geschaffen werden konnte.“

Welcher Unterschied im Ton, wenn Paula Siber gehässig bemerkt:

„Die Frauenbewegung machte eine Frau zur Ministerialrätin und hunderttausende zu Lohnsklaven einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung“.

(übrigens vollständig falsch in der Kausalitätsbeziehung) und

wenn dagegen Gertrud Bäumer, von der Entwicklung abseits gedrängt, resigniert ausruft:

„ . . . Es muß sehr schön sein, in einer Atmosphäre zu arbeiten, die nicht von all den Spannungen des bisherigen parteiistischen Deutschland geladen ist und in der man nicht auf Schritt und Tritt von dem Atem solcher Kämpfe abgeweht wird, der so viel mögliche Gemeinschaft von vornherein ersticke!“

Aber über einen wichtigen Punkt ist Gertrud Bäumer allzu zart hinweggegangen: Jede gesunde Frau in jeder Volksschicht, sei sie nun Intellektuelle, Bürgersfrau oder Proletarierin, hat sich so viel natürlichen Instinkt bewahrt, daß sie lieber ihre natürlichen Funktionen als Hausfrau und Mutter erfüllt, als die Forderung, sich für einen bitteren Lebenskampf vorzubereiten. Versprechungen zu machen ist aber bekanntlich sehr viel leichter als sie zu halten. Die Frauenbewegung ist hier zu ehrlich gewesen; auch sie hat die naturgegebene Form des Frauenlebens stets als die wünschenswerteste angesehen und keineswegs aus sträflichem Leichtsinne eine größere geistige und politische Freiheit für die Frau gefordert, sondern nur deshalb, weil sie einsah, daß unter den schwierigen Zeitumständen viele Frauen zu einer Leistung gezwungen werden, die ihre Kräfte weit übersteigt und für die sie durch Erziehung geschult, durch Gesetze geschützt werden müssen.

Der Nationalsozialismus ist in diesem Punkt skrupelloser und geschickter. Aber so einfach, wie er möchte, liegen auch im „dritten Reich“ die Dinge nicht; und auch der größte Optimist kann es sich durch ein einfaches Rechenexempel klarmachen, daß selbst auf lange Sicht die Ueberführung all - Frauen in die Ehe und die hauswirtschaftlichen oder pädagogischen Berufe undurchführbar sein muß.

Inzwischen gehen zahllose mühsam erkämpfte Errungenschaften verloren, viele sinnvoll angespannten Kräfte werden lahmgelegt. — Aber ebenso wie die Masse der deutschen Frauen, vom Gewinn des Wahlrechts 1919 überrascht, nichts Rechtes damit anzufangen wußte, so werden sie auch jetzt den Verlust als selbstverständlich empfindender Rechte erst erkennen und bedauern, wenn es zu spät ist.

L. A.

## Stolzer Barbar

Der Trommler des Ruhrgebiets

nennt sich ein Rudolf Zilkens, der soeben seine Nazgedichte publiziert. Er verknüpft seine Biographie: „Einer der alten Gardisten und Vorkämpfer der Bewegung. Er war Ortsgruppenleiter, Kreisleiter, Gaupropagandaleiter und hat in fünf Jahren 1500mal gesprochen. Unzählige Saalschlachten und Ueberfälle durch kommunistische Mordbanditen kennzeichnen seinen Weg. Neben dem Gauleiter Terboven zwang er die rote Pest in Essen in die Knie. Seine größte Saalschlacht erlebte er Anfang 1932 als Diskussionsredner in einer Duisburger KPD-Versammlung, in der er niedergeschlagen und mehrfach gestochen wurde. So nennt ihn das Volk seiner Heimat nicht mit Unrecht den „Trommler des Ruhrgebiets“. Wie seine Kämpfe aussahen, sagt der Bursche selbst: „Wir stürmten singend in die Schlacht als wilde tröyige Barbaren.“ Uebrigens ist es beliebt, seinen Büchern solche Biographien voranzuschicken. Ein anderer Kandidat der Deutschen Dichterrakademie läßt von sich feststellen: „Patrouillenfürher unseres 452. Infanterieregiments, früher im Infanterieregiment 64.“

## Auch Nichtarier

Zwecks in Betriebsetzung einer stillgelegten Fabrik der Eisenindustrie in Süddeutschland wird Geldmann (auch Nichtarier) mit 50 bis 100 000 Mark gesucht. — Inserat in der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. Januar 1934.

## Heilrune hilft und rettet Vor Darmkrebs, Kopf und Ehekonflikt

Die germanische Mode hat auch die alten Runen wieder zu Ehren gebracht, jene in Fels gehauenen mystischen Zeichen nordischer Länder, deren Deutung bisher noch nicht gelungen ist. Trotzdem habe ich „Wissenschaftler“ in Menge gefunden, die eine Runenforschung mit astrologischem Vorzeichen betreiben. Es gibt Runenvereine, Runengemeinden, und nicht zuletzt hat die NSDAP. altgermanische Runen für die Abzeichen ihrer Parteiformationen mitbenützt. Die „Neudeutsche Zeitung“ ist das Zentralblatt für „Runo-Astrologie, Runengymnastik, Strahlenforschung und angewandte Runenkunde“. Ein Herr Friedrich Bernhard Marby hat „das Geheimnis“ der Runen entdeckt und behauptet, ihr Sinn wäre eine altgermanische Gymnastik, beziehungsweise sie stellten die einzelnen Übungsfiguren dar.

Die Runengymnastik hat auch schon zahlreiche Anhänger gefunden, die sich in Form eines Hakenkreuzes zurechtbiegen oder in ihrer Stellung andre Runenzeichen nachahmen. Zwanzig Minuten Runengymnastik sollen dem Menschen eine derartige Kraft geben, daß er „Heilrunensendungen“ machen kann. Denkt er an eine bestimmte Person, einen Kranken, und sendet er ihm Heilrunen mehrere Tage hintereinander, so wird der Patient allmählich gesund. Herr Marby hat zahlreiche Dankschreiben erhalten, die er veröffentlicht. In einem heißt es: Ihre wunderbare Runenkunde hat mich in ein neues Leben geführt. Das starke Vibrieren im ganzen Körper, ein sonderbares, schönes Gefühl hatte ich anfangs während der I-Runenübungen; heute ist dies verschwunden. Habe aber dafür bei der Heilrunensendeübung ein gewaltiges, starkes Strömen und Schwingen im ganzen Körper. Ich beschäftige mich daher länger mit Heilrunensenden, da ich auch größere Erfolge erziele. Ohne zu ermüden oder zu entkräften, halte ich eins halbe bis eine Stunde aus. Mitglieder und Bekannte

## Aufschwung

Von Karl Schneller

Will das Alltägliche  
dampf dich erdrücken,  
beugt unerträgliche  
Last dir den Rücken:  
du nur, Geschundener,  
bist es, der schafft.  
Unüberwundener!  
Dein ist die Kraft.

Fühle vom brausenden  
Strom dich getragen!  
Bruder von tausenden,  
wag' es, zu wagen!  
Für das Vernünftige  
ringender Held,  
du bist der Künftige,  
dein ist die Welt.

## Immer wieder: Verboten!

„Unsättliche Bücher“

wurden laut Kriminalpolizeiblatt 1737/38/39 folgende Druckschriften: Nr. 3 des 15. Jahrganges der „Roten Sturmflut“; „Volkswille“ (Kattowitz); „Frihet“ (Stockholm); „Le Illa Reich et les Juifs“ (Antwerpen); „Le Rempart“ (Paris); „Die Rote Volkswacht“ Nr. 1 und 2 (Bielefeld); „Was will die NSBO?“; „Die Rote Fahne“ Nr. 19. 3. Juniwoche, Ausgabe B; „Ernst Thälmann an die Erwerbslosen“; „Stalin an die deutschen Bauern“; „Antifaschisten stärkt die Kampfkraft eurer Partei“; „Nicht Burgfrieden, sondern Einheitsfront der Tat“; „Siedem groszy“ (Kattowitz); „De Joodsche Pers“ (La Presse Juive, Antwerpen); „Deutsche Freiheit“, nationale Dichtungen von Klaus von Groeben, Verleger Willi Trubach, Berlin. — Ferner wurde eine Liste von Rekordlänge von unsättlichen Büchern verboten; darunter ernsthafte sexualwissenschaftliche Literatur und die noch nicht verbotenen Bücher von Magnus Hirschfeld. Insbesondere Schriften für, gegen und über Homosexualität (die römische Liebe) wurden verboten. Unter diesen „unsättlichen“ Büchern finden wir außerdem noch: Alfred Döblin: „Die beiden Freundinnen und ihr Giftmord“, Verlag Die Schmiede, Berlin; Erich Mühsam: „Die Homosexualität“, Verlag J. Singer u. Co., Berlin; Dr. Placsek, „Homosexualität und Recht“, Thieme, Leipzig, 1925! — Erich Ebermayer: „Dr. Angelo“, 3 Novellen, Verlag Oldenburg, Leipzig; Mertens: „Der Emigrant“, Paul Stegmann-Verlag, Hannover; Walter Benjamin: „Pflingstnacht“, eine Novelle, Wilhelmshagen, 1914! Ludwig Winder: „Hugo“, Rikola-Verlag, Wien.

## Zeit-Notizen

Politisches Schullexamen. Das badische Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß die öffentlichen Prüfungen an höheren Schulen in Zukunft fortfallen. Die Maßnahme ist eine Konsequenz der „Kultur-Erlasse“, wonach bei der Auswahl von Studenten und damit auch bei den höheren Schülern politische Gesichtspunkte entscheiden.

Luftschutz betreibt jetzt auch der Verlag Philipp Reclam jun. Als Nr. 7205 der Universalbibliothek ist von Oberstleutnant A. Benary (welch deutsche Namen haben alle diese Recken) ein Band „Luftschutz“ erschienen, der sich auch mit den Fragen der Luftrüstung befaßt.

Genehmigte Literatur. Verleger, die etwas auf sich halten wollen jetzt für ihre neuen Bücher die „Genehmigung“ der Nazi ein. So zum Beispiel ist jetzt ein Buch über Schlageter erschienen, das ausdrücklich angekündigt wird: „Mit Genehmigung der Gaupropagandaleitung der NSDAP. Düsseldorf“. Man hat die Literatur gründlich an die Kanzare genommen.

wollen fühlen, wenn ich ihnen Heilrunen sende, und wollen stets Besserung in ihren Leiden haben . . .“

In der genannten Zeitschrift werden immer gleichzeitig die Namen jener Personen veröffentlicht, die bei dem nächsten Heilrunensenden von den Mitgliedern der Marby-Schule berücksichtigt werden sollen. In der letzten Nummer des „Runenforschers“ kann man lesen: Liste Nr. 23 derjenigen Kranken und Hilfsbedürftigen, an die die Mitglieder des Bundes der Runenforscher Heil- und Hilfswellen senden:

- Herr V. in B.: Darmkrebs, allgemeine Schwäche,
- Frau G. in T.: Nervenschwäche,
- Herr Esch in M.: Wirtschaftliche Schwierigkeiten,
- Frau S. in D.: Ehezwistigkeiten,
- Frau R. in M.: Schwerhörigkeit,
- Herr H. in Nt.: Schwierigkeiten von Freimaurerseite,
- Frau H. in St.: Kropf.

Lachen ist erlaubt. Aber der ernste Hintergrund dieser Runenzaubers darf nicht verkannt werden. Die zahllosen Astrologen- und Hellscherblättchen, die mit ihren wilden Aufdrücken, phantastischen Prophezeiungen und sich immer wiederholenden Bildern die Zeitungskioske aller Groß- und Kleinstädte schmücken, waren seit langem gekaufte Trabanten des Nationalsozialismus. Es lag System darin: die Schwäche, die Verschwärtheit, die geistige und seelische Unsicherheit bedrückter Menschen, Krankheit, Lebensangst und Aberglauben für sich zu gewinnen. Diese Blättchen hatten Auflagen von vielen Zehntausenden. Die Geschichtsschreiber des Werdens des „dritten Reichs“ werden an diesen politisch raffiniert mißbrauchten Irrungen und Wirrungen, vom Sterngucker bis zur verkappten Religion, nicht vorübergehen dürfen.

# Das Reichsgericht verwirft...

Eine schlichte Ueberschrift lautet: Zwei Todesurteile bestätigt. In der Meldung selbst heißt es: „Das Reichsgericht hat die Revision der beiden 18 und 19 Jahre alten Kommunisten Willi Roehow und Otto Woltke verworfen.“ 18 und 19 Jahre alt! Es gibt schon für die hitlerische Blutjustiz keine „Altersgrenze“ mehr. Heute wird von den Todesurteilen für die Jugendlichen in aller Ruhe, wie von einem gleichgültigen Zwischenfall, berichtet. Bald werden wir sicher von den richtigen Kindermördern hören. Ein Schwurgericht in Berlin oder sonstwo verurteilt zum Tode, das höchste Gericht des Reiches bestätigt die Urteile. Die Maschine funktioniert tadellos. Die Fenster haben Durst, und es gibt noch Richter in Berlin und in Leipzig, die dafür sorgen, daß dieser Durst gestillt wird.

# Sechsmal Henkerbell beantragt

Hamburg, 17. Jan. Im Prozeß wegen der Ermordung des Hamburger Hiltlerjungen Otto Böcker vor dem hantschaftlichen Sondergericht beantragte der Staatsanwalt gegen sechs Angeklagte die Todesstrafe, gegen die übrigen Angeklagten wurden Strafen von insgesamt 144 Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Gefängnis beantragt.

# Zuchthausstrafen in Lüneburg

Lüneburg, 17. Jan. Am Mittwoch begann im ersten Lüneburger Hochverratsprozeß gegen fünf Kommunisten wegen Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes Staatsanwaltshaftsrat Dr. Vell mit dem Plädoyer. Nach einer eingehenden Darstellung der hochverräterischen Ziele und der Maßnahmen der KPD, die auf gewaltsamen Umsturz und bewaffneten Aufstand abzielten, hielt der Staatsanwalt die Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat bei vier Angeklagten aufrecht.

Das Urteil lautete gegen den Angeklagten Carus wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Kriegsgerätegesetz auf drei Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten Pfeiffer und Matthies wurden zu je drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat. Der Angeklagte Wollje erhielt wegen Vorbereitung zum Hochverrat zwei Jahre neun Monate Gefängnis und der Angeklagte Tactan wegen Beihilfe fünf Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet. Das Verdikt der Angeklagten, nach Strafverbüßung den Weg zur deutschen Volksgemeinschaft zu suchen, hat das Gericht als milderns bei der Strafsetzung angesehen und deshalb nicht auf Ehrverlust erkannt.

# „Schutzhaft“

## Die Denunzianten wachen

Offenbach, 7. Jan. Die Pressestelle der Polizeidirektion teilt mit: Von der Staatspolizeistelle Offenbach wurden die Kommunisten Josef Wernig und Adolf Gehner, beide aus Kleinrodenburg, wegen kommunistischer Äußerungen festgenommen. Nach glaubwürdigen Zeugenaussagen haben die beiden in der Silvesternacht sich die Freiheit erlaubt, in Gegenwart von SA-Leuten kommunistische Lieder zu singen und behauptet, daß die KPD noch lebe.

Kuherdem wurde die Frau Katharina Gräber aus Seligenstadt in Schutzhaft genommen, weil sie Äußerungen getan hat, die eine Beschimpfung der Reichsregierung darstellen.

# Wenn Nazis morden...

## ... sind die Juden schuld

Herr von Peers schreibt in der „Kuchenpolitischen Umschau“, die die „Metallarbeiter-Zeitung“ abdruckt, wörtlich: „In Rumänien wurde auf dem Bahnhof in Sinaia der rumänische Ministerpräsident Duca von dem Mitglied des von ihm zu Unrecht verbotenen jüdenfeindlichen Eisernen Garde, Konstantinescu, durch Revolvergeschüsse ermordet. Eine wilde Verfolgung aller Jüdengegner ist jetzt in Rumänien eingetreten; über 1200 Angehörige der Eisernen Garde sind verhaftet, darunter ihr Führer, der Ironiekämpfer Dobranu, sein greiser Vater wurde bei Florent durch Juden ermordet. In Rumänien herrscht nicht ohne eine Einwirkung der Führer von Rumänien, der jüdischen Geliebten des Königs Carol, Madam Lupescu, eine nur mit den Greueln der Juden im biblischen Buch Esther zu vergleichende Verfolgung der vollbewußten Rumänen.“

# Es spukt im Hafen

Von W. H. Schilde

Diesmal war es leicht gewesen, die Dokker für den offenen Widerstand gegen das verhaßte Hakenkreuz zu gewinnen. Der deutsche Kapitän war unfreiwilliger Helfer. Er hatte eine so plumpe Klame an Terror-Deutschland inszeniert, daß sich die ganze Stadt, mitsamt der bürgerlichen Presse, dem Protest der Hafenarbeiter anschloß. Die Antwerpener Bürgerleute waren den Deutschen an und für sich nicht grün, aber es war ein ganz leitener Fall, daß sie sich auf die Seite der Arbeiterbevölkerung stellten. Was war geschehen?

Der Kapitän hatte einen Offizier und drei „besonders zuverlässige“ Obermatrosen beauftragt, Werbematerial für das „dritte Reich“ unter die belgischen Hafenarbeiter zu verteilen. Gewiß reichte das Reichslegenministerium dahinter, und die heillosen Heißhühner kamme vielleicht von dem Rabatma Propagandist persönlich.

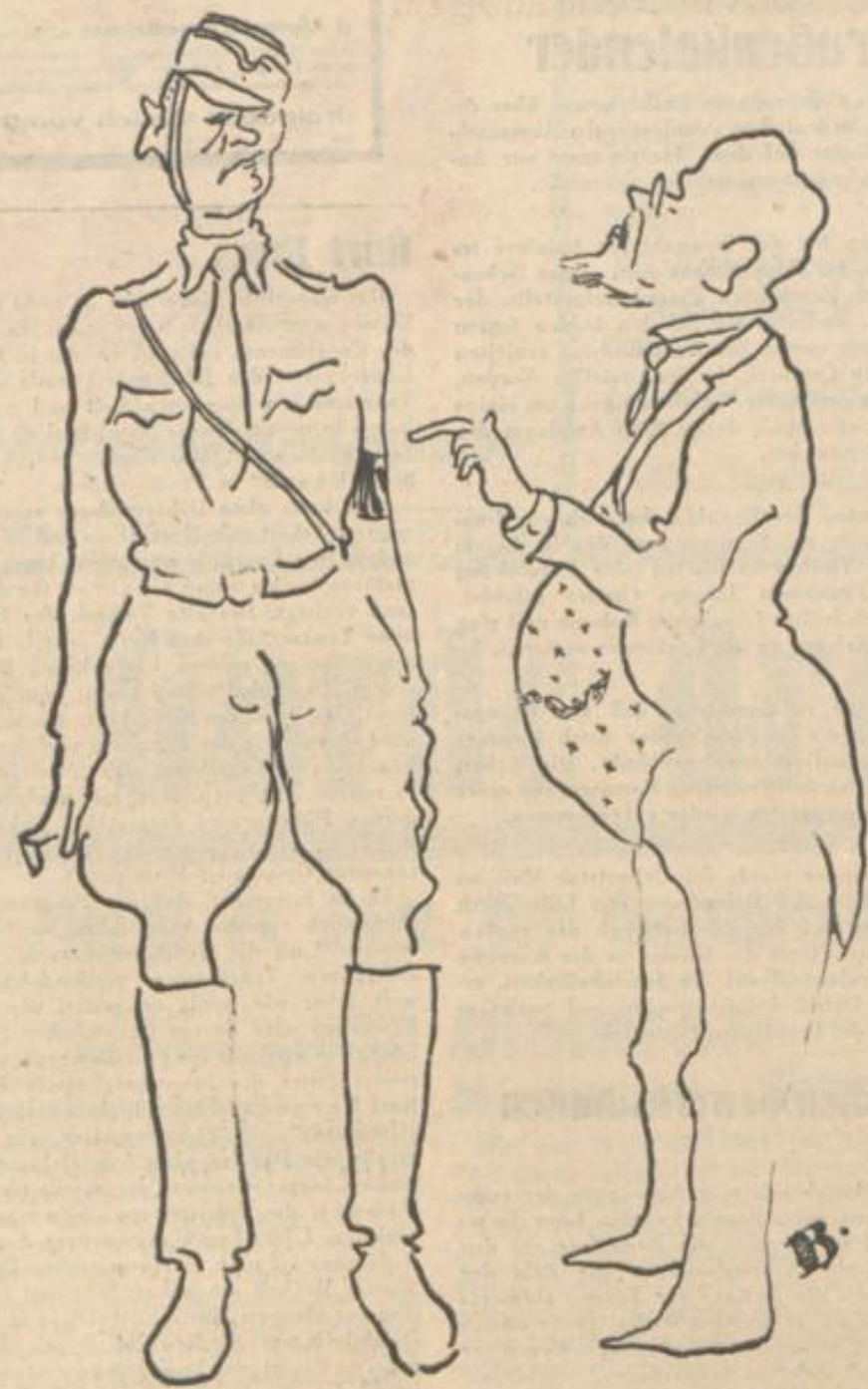
„Hier Kamerad, scharfe Sache!“ sagte der eine „besonders zuverlässige“ Matrosen und reichte einem Dokker, der ihn schon längere Zeit misstrauisch beobachtete, eins von den Traktätschen.

„Nah mich mit dem Dreck zufrieden!“ schnauzte der Arbeiter auf an deutsch.

Der Matrosen grinte verständnisvoll und lachte freundlich: „Na, nimm mir schon eins ab, damit ich sie los werde!“ Er zwinkerte mit einem Auge und setzte hinzu: „Braucht es nicht zu sein, Mensch!“

Der Arbeiter nahm den Witz und blätterte unwillig darin herum: „Wohoerdomme! Ihr wollt Euch bei uns anblenden? Dann müßt ihr früher aufleben, Junge! Nichts zu machen! Bei uns habt ihr keine Chancen, verstanden? Das kannst Du deinem Herrn Gobbels von mir ausdrücken! Der

# Akademischer Nachwuchs



„Meine ergebensten Empfehlungen an Herrn Papa. Sagen Sie ihm, Aufstieg an Hochschule ist Ihnen gewiß!“

# Das Hohelitzzeichen

## „Gesetzlich geschützt“

Im Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP. steht: „Eine Reihe von Fällen, in denen namentlich jetzt in der Weihnachtszeit das Hohelitzzeichen der NSDAP. zur Ausschmückung von Schaufenstern mißbraucht wird, gibt mir Veranlassung, folgendes festzusetzen: Das Hohelitzzeichen (Ähler mit Hakenkreuz im Wappentanz) der NSDAP. ist gesetzlich geschützt. Seine Verwendung bleibt den Dienststellen

der Partei vorbehalten. Demgemäß ist kein Privatmann berechtigt, das Hohelitzzeichen für Reklamezwecke oder zur Ausschmückung von Läden und dergleichen zu verwenden. Alle Parteidienststellen sind angewiesen, für die Durchführung dieses Verbotes Sorge zu tragen.“ — Man soll nicht sagen, daß der Draf und der Vize-Draf keine Sorgen haben.

# Heraus mit den Klamotten!

## Der freiwillige Zwang

H. B. Die freiwillige Winterhilfe hat in dem Kreisbauernführer Bierdorst in Sangerhausen einen besonders energischen Vertreter. Er erließ eine Bekanntmachung an die Landwirte seines Tätigkeitsgebietes, in der es heißt, daß gegen die vielen Bauern, die den Versuch unternommen hätten, sich durch Aneifen aus der Opfergemeinschaft des deutschen Volkes auszuschalten, vorgegangen werden würde. Man könne nicht das Preußenland im Rande führen, die Lat aber unterlassen. Die Säumigen würden auf diesem Wege noch einmal an ihre moralische deutsche Pflicht erinnert. Wer von den Drückbergern nicht mindestens eine Reichsmark für je tausend Mark Einheitswert zeichne, und zwar in Form von Kartoffeln, der müsse damit rechnen, daß er öffentlich gebrandmarkt würde.

In einem der schönsten Vororte Londons mit ausgezeichnetster Verbindung zur City (1/2 Stunde zur Bank) ist eine gut besetzte feine Pension unter besonders günstigen Bedingungen sofort abzugeben. Bestanden erkrankt. Sehr wenig Kapital erforderlich. Gute Existenz für tüchtige Frau. Ellige Angebote erb. u. d. „Deutsche Freiheit“ unter Nr. 148

**LEHM kaut JEWELN**  
Diamanten, Perlen, Silber, Gold  
VERKAUF.  
Paris, 43, rue Lafayette. Expertise

nachgedunkelte Schruppbarier soll sich seine Aufklärungschriften in den Hintern stecken! Jawoll! Wenn ich etwas über Deutschland wissen will, dann lese ich den „Wegenangriff“ oder die „Freiheit“!  
„Na, ich doch auch, Mensch!“

Die Hafenarbeiter streikten. Aus Protest gegen den lächerlichen Versuch, sie mit Hitlerbazillen zu infizieren. Helmlich spielte wohl auch ihre Sympathie für Dimitroff — den sie Dynamitroff nannten — mit. Keine Hand war bereit, sich für den schicksalhaften Kapitän zu rühren. Mochte er leben, wie er die Ladung Eisenklangen aus dem Kasten heraus- und die 200 Ballen Wolle hineinbekam. Mochte er schimpfen, toben, drohen; selbst Verhandeln und Bitten nützten ihm nichts. Die Forderung der Arbeiter stand fest und ließ sich durch kein Versprechen und läche Worte erschüttern. Es gab nur eins: Einziehen der Hakenkreuzfahne!

„Das geht gegen meine Ehre!“ schrie der Schiffsgewaltige. Aber es half ihm nichts. Und da Warten bares Geld kostete, mußte die Ehre dran glauben. Unter dem Gelächter einer großen Zuschauermenge holte der Flaggenmaat das Hohelitzzeichen des „dritten Reiches“ ein.

Kaum war die Pösch- und Ladearbeit beendet, als auch schon die Hakenkreuzfahne wieder gehißt wurde. Aber es war bereits dunkel, und niemand genoh den feierlichen Moment. Am nächsten Morgen hatten sich die Kleinbürger und Arbeitslosen, die den mannigfaltigen Hakenkreuzspielen beizuwohnen pflegten, besonders zahlreich eingefunden. Der deutsche Dampfer blöke dumpfe Absahrtssignale in die Luft. Der Kapitän hatte sich in Begleitung einiger Herren auf dem Oberdeck aufgefängt und stierte in trostiger Wut auf das verammelte Publikum, zu dem auch eine große Schar Hafenarbeiter gehörte.

Jetzt setzte sich der Kasten in Bewegung. Der Wind fuhr in die Fahnen.

Eine Unruhe ging durch die Menge. Verbaltenes Röhren stieg auf; hier und da brach helles Lachen aus; schließlich erscholl allgemeines tröstliches Gejohle. Der Kapitän hielt es für Hohn, drohte mit der Faust und deutete triumphierend auf der entfalteten Hakenkreuzfahne hinauf. Seht Ihr, sie ist wieder da! Stolz klattert sie — — — Aber was ist das? Wie? Was? Wie? Fahnenagel stand er da und stierte in die Höhe. Wo — wo war denn das Hakenkreuz geblieben? Zum Donnerwetter nochmal! Das war ja eine einfache blutrote Fahne... ohne weißen Kreis... ohne Kreuz — eine rote Fahne, eine Marzistenfahne!

Erstarrt war die drohend erhobene Faust des Kapitän in der Luft hängen geblieben. Es sah aus, als ob da einer die rote Sozialistenfahne mit „Rot Front!“ begrüßte.

Der Schuldige war nicht zu finden. Der Flaggenmaat war ein alter, verdienter Seebär, national bis in die Knochen, politisch über jeden Verdacht erhaben. Kuherdem bezengten ein paar „besonders zuverlässige“ Obermatrosen, daß am Abend ordnungsgemäß die Hakenkreuzfahne gehißt worden war. Die Geschichte blieb ein Rätsel, ein Tonf. Schwamm drüber!

Aber ganz Antwerpen sprach davon. Und die „mysteriöse Affäre“ wurde mit Windeseile nach Rotterdam, Amsterdam, Le Havre, Bresl, Bremen, Hamburg, Danzig kolportiert und drang mit der Zeit bis in die entferntesten Ecken. Ueberall löste sie Schmunzeln und Genugtuung aus. Ueberall erkannten die Arbeiter, daß ihre Genossen am Werk waren und jeden Anlaß ausnubten, um gegen das Hakenkreuz und für die internationale rote Fahne wirksame Propaganda zu machen.

# Pariser Berichte

## Pariser Straßenkalender

Wie wir hören, haben die neueren Enthüllungen über die Spiegeltätigkeit den hiterdeutschen Akademischen Austauschdienst im Passage d'Enfer auf dem Montparnasse zur Anwendung besonderer Vorsichtsmaßnahmen veranlaßt.

Die Sozialisten haben bei der Neuwahl für Painlevé im Wahlkreis Gex-Nantua, im Département Ain, einem Nebenfluß der Rhone, einen Kandidaten Pinard aufgestellt, der 1780 Stimmen erhielt, nachdem sie bei den beiden letzten Wahlen leer ausgegangen waren. Die Kommunisten erhielten hier 2019 Stimmen. In Cambrai, im industriellen Norden, nahm der Sozialist trotz geringerer Wahlbeteiligung um einige Stimmen zu und sammelte 6605, denen 2948 Anhänger der Kommunisten gegenüberstanden.

Unter dem Präsidenten der Republik hat sich ein französisches Nationalkomitee zur Erinnerung an den in diesem Jahre stattfindenden Vierhundertjahrtag der Entdeckung Kanadas durch den Franzosen Jacques Cartier gebildet. Kanada war bekanntlich früher französische Kolonie und ging infolge des 7jährigen Krieges an die Engländer verloren.

Erfreulicherweise wird richtiggestellt, daß der Europa-Vertrag der Fox-Film, die in Paris unter Erich Pommer „Liliom“ gedreht hat, aufrechterhalten bleibt. Die Arbeit wird im April nach der Wiederherstellung Pommers von einer Operation mit einer Filmoperette wieder aufgenommen.

In der Comédie Française wurde der Geburtstag Molières mit einer Rekonstruktion der Belagerung von Lille durch Ludwig XIV. begangen, bei der die Kollegen des großen Komödianten das zweite Placet des Königs zu der Komödie „Tartuffe“, dem Generalangriff auf die Scheinheiligkeit, erhielten. Im üblichen Défilé der Pensionäre und Soziatäre folgte die Aufführung des berühmten Lustspiels.

## Die französischen Gewerkschaften im Conseil

Wie gemeldet wird, begab sich eine Abordnung der französischen Gewerkschaften unter dem bekannten Léon Jouhaux in den Conseil und machte die Regierung auf den fünften Krisenwinter, die Arbeitslosigkeit, die Zahl der Bankrotte und besonders die Notlage der Jugend aufmerksam. Die CGT forderte die 40-Stunden-Woche, große öffentliche Arbeiten und einen nationalen Arbeitsplan. „Wegen der Gelder braucht man sich nicht zu beunruhigen“, sagte Jouhaux (der ein jovialer Mann ist) nachher zu den Presseleuten, „die Spitzhüben wie Stavisky haben immer Geld zur Hand gehabt, ohne jede Sicherheit. Da wird's der Staat auch können.“

Im Arbeitsministerium soll die 40-Stunden-Woche baldigst durch eine Spezialkommission studiert werden. Das Manifest verlangt weiter die Nationalisierung der Schlüsselindustrien. Am 20. und 21. Februar wird der Nationalrat der Gewerkschaften in Paris zur Krisenberatung zusammentreten.

## Praktisches Paris

### Nützliches zur Verkehrsorganisation

**Paris, Januar:** Der Pariser denkt praktisch. Obwohl er gewiß kein Freund unbedingter Ordnung ist, einer Ordnung als Selbstzweck, — hat er erkannt, daß man schneller vorkommt, wenn man die Kleinigkeiten des täglichen Lebens so übersichtlich und zweckmäßig wie nur möglich ordnet.

Hier ein paar Beispiele dieses praktischen Ordnungsinnes, die beweisen, daß Organisation auch in Paris etwas gilt:

**Die passages couverts:** An den Straßenübergängen sind zwei Reihen großer runder Nägel in den Fahrdamm geschlagen, zwischen denen der Fußgänger die Fahrstraße überschreitet. Wenn der Fußgänger auf diesen genagelten Passagen überfahren wird, ist der Führer des Fahrzeuges schuldig und wird verurteilt.

**Die carte de priorité:** An jeder Autobushaltestelle ist ein kleiner Kasten angebracht, aus dem der Wartende einen Nummernzettel zieht. Bei starkem Verkehr verlangt der Schaffner des Autobus von den Zustiegenden an der Haltestelle diese Nummernkarte, so daß sich niemand vordrängen kann.

**Das portillon automatique:** Am Eingang aller Metrobahnsteige befindet sich eine automatisch schließbare Tür. Wenn der Zug angefahren ist, schließt sich diese Tür. Niemand kann daher auf den fahrenden Zug in letzter Sekunde aufspringen.

**Das glace securité:** Sämtliche Autotaxis von Paris haben Fenster aus nichtspaltendem Glas. Zusammenstöße mit Taxis, an sich außerordentlich selten, haben daher niemals die gefährliche Folge, daß Führer oder Fahrgast durch splitterndes Glas schwer verletzt werden.

**Das Carnet:** Jeder Pariser und jede Pariserin fährt Auto mit dem Carnet. Das ist ein Heft von der Größe zweier Briefmarken mit zwanzig Tickets zu je dreißig Centimes. Mindestgebühr zwei Tickets, also 60 Centimes. Jede Sektion kostet ein Ticket mehr bis zur Höchstgebühr von 4 Tickets in der 2. Klasse und 5 in der 1. Klasse. Sehr pariserisch das winzige Format dieser Fahrscheine, die sich der Ordnungliebende unter den Ring steckt.

**Die Orientierungskarte:** In jedem Untergrundbahnwagen sind zwei, in jedem Autobus eine Strecken-Karte aufgehängt, die sehr deutlich und übersichtlich die Stationen — bei der Untergrundbahn auch die Umsteigemöglichkeiten — angeben. Und an der Treppe jeder Metrostation und an der Wand des Bahnsteigs hängt eine große Karte von Paris mit allen Straßen und Metrostationen von Paris.

**Passer dans les chaînes:** An der Endstation der Straßenbahnen, an denen erfahrungsgemäß starker Andrang von Fahrgästen herrscht, sind um Zickzack Ketten gezogen, zwischen denen sich die Wartenden anstellen. So ist die Wartzeit nicht der Ellbogen, wer zuerst einsteigt; sondern die Wartzeit.

Tel. Trinité 43-13  
Métro Pigalle

# Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. Innerer Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Kleingynäkologie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blasen-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten.

b) Chirurgie

Zweitstöckiges Sanatoriumsgebäude. Kleine, mittlere und große Chirurgie, Divertikelmittlungsrichtung innen und 2 Operationsäle.

c) Geburtshilfliche Klinik

Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aesete, 3 Hebammen und 1 Operationsaal.

d) Zahnärztliches Kabinett  
Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brücken- und Kautschukarbeiten.

Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

## Kurt Jooss

Das eigentlich Tänzerische ist nicht erst seit heute bei den Russen unproblematisch geworden. Es erübrigt sich die Fülle der Experimente aufzuzählen, die in fast allen europäischen Ländern seit der Jahrhundertwende die innere und äußere Tanztechnik weiter entwickelt und umgestaltet haben. Wir haben in unmittelbarer Nachbarschaft der Russen die „Balletts Jooss“, die ehemalige „Folkwangtanzbühne der Stadt Essen“ in Paris gesehen.

Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß in der jetzt gezeigten Arbeit von Kurt Jooss und seiner Gruppe ein erstes endgültiges Ergebnis aus allen Anregungen der Tanzreformatoren Laban und Wigman für den modernen Theater Tanz vorliegt. Die alte Technik des Balletts ist durch eine neue Tanzart, die ihre Form jeweils aus dem Vorwurf und einer überaus reichen körperlichen Bewegungsskala findet, ersetzt. Das Inhaltliche ist weit vom früheren Ziertanzen entfernt. Die moderne Großstadt, die unmittelbare Gegenwart wird ebenso wie die Tanzform und der „Tanzgeist“ früherer Epochen zum Tanzthema; der mittelalterliche Totentanz wird in unsere Zeit verpflanzt, mit modernen Menschen im modernen Bühnenraum dargestellt. Dekoratives und Musikalisches ist nur Begleiterscheinung. Der tanzende Mensch, die tanzende Gruppe ist Mittelpunkt.

Es ist interessant, daß die Programme des Jooss-Balletts thematisch manche Ähnlichkeit mit dem der Russen aufweisen. Auch die Deutschen tanzen ein Märchen, ein paar Zeitsatiren, Tanzdramen mythisch-kultischer Vorstellungswelt. Aber wie wenig dekorativ, wie ganz auf individuelle Bewegung wird da ein Grimm'scher Schwabenstreich aufgeführt. Wie wird mit ein paar Bewegungen eine Figur charakterisiert (etwa die bramabarsierende Kampfartstellung, die Karl Berggeist Szenenapplaus einbringt). Wie wird in der „Großstadt“ ein Elendsquartier, ein Proletariatohr, eine Straße, ein Dancing ohne jede Dekoration, nur durch tänzerische Charakterisierung dargestellt (der elegante Verführer: Uthoff, die Zuhältertypen: Stammer, das Proletariatmädchen: Lidolt). Wieviel Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung ist noch in einem echten Da-Capo-Stück wie dem Wiener Hofball erkennbar. Wie sind im „Verlorenen Sohn“ (der zur gleichen Musik Prokofieffs auch ein Repertoirestück Diaghileffs war) die Bewegungstypen (der Vater — Jooss, der Sohn — Pescht, der Unheimliche — Frank) gestaltet. Und wie ist all das zusammengefaßt im „Grünen Tisch“, diesem grandiosen modernen Totentanz, der ohne irgendwo Tendenz aufzutragen, doch ein Antikriegsdrama ist und aus Genüßung und Kunstbegeisterung überall gleich stark jubelt wird.

## Der neue Bergner-Film

Der neue Bergner-Film mit Douglas Fairbanks jun., „Katharina von Rußland“, der in England großes Aufsehen erregt hat, wird am Samstag, dem 20. Januar, im Pariser Kino „Miracles“ herauskommen. Die Regie des Katharina-Films führte bekanntlich Paul Czinner.

## Der Carneval de Nice

Hitlers Bemühungen, einen Teil der reichen Fremden nach den neuen Spielsälen von Baden-Baden fortzulocken, ist natürlich nur ein sehr geringer Erfolg beschieden. Die Azurküste hüllt sich jetzt, wie aus Nizza geschrieben wird, in ihr blaues Frühlingskleid. An diesem glücklichen Himmelsstrich ist ja kaum Winter, nur eine kleine Regenzeit, und dann kommt der Lens der Riviera mit den Rosenfesten.

Der diesjährige Carneval de Nice steht, wie gemeldet wird, unter dem „Krisen“-Zeichen: „Galanter Carneval im Lauf der Jahrhunderte“. Sehr viel reiche Leute werden erwartet: die Engländer, die seit zwei Jahren dem schönen Lande etwas untreu wurden, beginnen zurückzukehren. Man erwartet unter diversen illustren Gästen, auch vom Hofe, unter andern die Mode-Dichter Somerset Maugham und Rudyard Kipling. Aus allen französischen Provinzen sollen zahlreiche Anmeldungen für die letzten vierzehn Tage des Carnevals LV1 vorliegen. Ob auch Deutsche unter den reichen Wanderern an das Reich der Sonne sind, verschweigt der Hofberichter.

## Nijinska

Der Tod Diaghileffs bedeutet einen Einschnitt. Eine Neugruppierung vollzieht sich. Die alten Truppen präsentieren sich unter neuer Führung.

Die diesjährige russische Stagione im Théâtre des Champs-Élysées (mangelhaft organisatorisch vorbereitet und deshalb zu schnellerm Ende verurteilt) bringt aufschlußreiche Gastabende des neuen „Tanztheaters“ unter Leitung Bronislawa Nijinska. Das Theater enthält drei Werke verschiedensten Genres: ein ganz auf dekorative Wirkung gestelltes Märchen („Princesse Cygne“ nach Puschkinskem Vorwurf und Rimsky-Korsakoffscher Musik), ein modernes, halb antikisierendes, halb zeitkritisches Pastorale („Les Biches“ nach der reizvollen Volkslieder-Paraphrase Poulencs) und die aus mythisch-kultischer Vorstellungswelt russischen Bauern-tums geschaffenen „Noces“ von Strawinsky. (Desselben Strawinsky's „Sacré du Printemps“ wurde einst im selben Theater vom selben Publikum niedergezischt. Und dieselben „Noces“ hat 1928 Otto Klemperer in der Krolloper zur Berliner Konzertaufführung gebracht. Szell, Zweig, Rankel und Gergely saßen an den vier Klavieren. Auch das leider lange vorbei!)

Das Material tanzbegabter russischer Menschen scheint unerschöpflich; die Schulung vieler, der meisten ist vorbildlich. Es bleibt erstaunlich, welcher Formenreichtum der Ballett-technik immer aufs neue abgewonnen wird. Vieles an diesem Programm ist wohlvertraut. Die Solisten sind alte Bekannte, die Vorwürfe gehörten schon zu Diaghileffs Repertoire, die Komponisten sind von ihm geradezu entdeckt und durchgesehen oder doch als Unbekannte nach dem Westen gebracht worden. Auch die Bühnenbildner arbeiten nicht zum ersten Male für ein russisches Ballett. So ist das ganze Programm mehr ein Intermezzo als ein neuer Anfang. Und die Lösung der Frage, ob Diaghileff ersetzbar, ob seine Tradition weiterführbar ist, wird im wesentlichen davon abhängen, ob es im Kreise der russischen Tänzer heute Persönlichkeiten gibt, die wie er es verstehen, immer neue Künstler-, Komponisten-, Inszenatoren-) Gruppen für das russische Ballett zu interessieren. Denn das Tänzerische selbst kann in diesem Kreise ja kaum noch überraschend Neues bringen.

## BRIEFKASTEN

**Vogt, Zürich.** Sie schicken uns Zeitungsausschnitte, die von der Abfertigung des Kamrats von Professor Tegener, Dr. Thormann, in ein Konzentrationslager berichten, und fragen uns, was es mit den Behauptungen über „schwerwiegende Verbindungen Thormanns“ auf sich habe. Wir beantworten Ihre Frage gern. Man hat bei Thormann gebahnt und Notizbücher gefunden, die schon eine Reihe von Jahren zurückliegen. Aus ihnen ging hervor, daß er damals mit Professor Friedrich Wilhelm Höpfer korrespondierte und dabei das Verbrechen beging, schärfte Worte gegen die deutschen Nationalsozialisten zu gebrauchen. Dies und die Erteilung seines Bruders, des früheren Redakteurs der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ und der „Republik“, genügt vollkommen. Sehr offen sagt dazu der „Dortmunder General-Anzeiger“ (15. Januar): „So ist eigentlich jeder Kommentar darüber überflüssig, ob eine nationale Staatsbürgerschaft nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, diesen Weltweh und seine Helfer besser mit Stumpf und Ziel anzuzucken. Das Konzentrationslager dürfte in dieser Beziehung der beste Ort für die Überlebensbewahrung professioneller Fachleute sein.“ Diese Äußerung dürfte Ihnen genügen. Wir fügen hinzu, daß die nationalsozialistischen Rechtsautoritäten tief befürchtet darüber sind, daß die Kamreise von 1932 ihnen die Strafverfolgung Dr. Thormanns unmöglich mache. Aber: Konzentrationslager genügt.

**H. T. Zürich.** Sie fragen uns, ob die angeblich von der „Kölnischen Zeitung“ angegebene Auflage von 104.000 Exemplaren stimmt. Nein, sie stimmt nicht. Auch nicht annähernd. Das Blatt hat nie eine solche Auflage gehabt. Wahrscheinlich hat der Verlag die Auflagen „Kölnische Zeitung“ und ihres „Stadt-Anzeigers“, einer lokalen Anzeigenblätter, zusammengezählt. Dieses Volksblatt hatte vor den Zeichnungen der nationalen Erhebung allein 100.000 Auflagen. Wenn die „Kölnische“ und ihr „Stadt-Anzeiger“ nun zusammen 104.000 Auflage an g e b e n, ist leicht zu erkennen, daß sie zehntausende Bezücker verloren haben müssen.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann V. in Düsseldorf; für Inserate: Otto Kubn in Saarbrücken, Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 4, Schützenstraße 5.

## Existenz für Uhrmacher!

Umstände halber verkaufe ich mein Engros-Geschäft in Paris

Furnituren und Werkzeuge für Uhrmacher und Goldarbeiter, mit abgeschlossenem Reparatur-Abteilung

zu außerord. günst. Bed. Zentral-geogr. Med. Organ. und Einricht. Kl. Metz, Verfr. 9 Jahre, Franz. Sprachk. nicht unbed. erf. od. da einzeln. Personal (mehrsprachig) vorhanden. Entschlüsselt. Interess., die über 40.000 Fr. Bargeld (Gesamtsumme) verfüg. werden um Zuschrift gebeten; an: Publ. Metz, 31, rue Turbigo, unter Nr. 973. Vermittler verboten!

## Inserieren bringt Gewinn!

### Günstige Gelegenheit!

Abzugeben wegen Abreise: Weißwarengeschäft (Herren-, Damen- u. Kinderwäsche) in großem Industrieort im Elsaß. Offerten erbitten unter Chiffre 1837 u. d. Exp. d. Bl.

## Dr. Spécialiste

30, rue de Bivou - Métro Châtelet  
RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden  
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität Impingungsverfahren Tripathi vine Einspritzungen

Blut- und Harn-Untersuchungen, Spezialkur, Salvarsan, Wismut usw.  
sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr  
Konsultationen von 25 Fr. ab.  
Man spricht deutsch

## Aelteste Deutsche Klinik

52, R. de Bondy, Paris  
Tel. Bot. 29-69  
Harn-, Blut- und Hautkrankheiten, Frauenleiden  
Ultra-Violette Strahlen, Serotherapie, Diathermie, Höhensonne etc.

Abreise halber zu verkaufen ein gutgehendes

## Konfektionsgeschäft

Zentrum. Lage eignet sich für jede Branche. Fonds sehr billig.  
Offerten unter Chiffre D. 415 Agence Havas Mulhouse

In einer Industriestadt wird GROSSER LADEN

## verkauft

Zahlreiche vermögende Kundschaft. 6 Zimmerwohnung. Langfristiger Mietsvertrag. 30.000 Fr.  
Angebot an:  
Publ. Metz, 31, rue Turbigo, Nr. 974